



Naturschutz

S. 3

Naturschutz mit „Augenmaß“ ist Ziel der Landesregierung. Sie will dazu das Landschaftsgesetz ändern und Ökonomie und Ökologie versöhnen. Die Opposition im Landtag befürchtet einen Rückfall um 30 Jahre.

Haushalt

S. 8-9

Unveränderte Positionen bei der Verabschiedung des Landesetats in dritter Lesung. Die Koalition verteidigt ihre Politik und weist auf Schuldenabbau hin. SPD und Grüne bleiben bei ihrer Kritik an den Kürzungen.

Generationen

S. 11

Der Anteil älterer Menschen wächst. Die Gesellschaft muss sich dieser Herausforderung stellen. Ist das Konzept der „Mehrgenerationenhäuser“ ein Weg? Der Familienausschuss befragte Experten.

Folgekosten

S. 15

Auch wenn kein Bergmann mehr Kohle fördert – die Folgen des Bergbaus müssen bezahlt werden. Wie viele Milliarden das kostet, ist eine spannende Frage. Wirtschaftsprüfer haben nach einer Antwort gesucht.

Sechs Menschen starben, der Verkehr kam landesweit zum Erliegen, ganze Wälder sind platt – der Orkan Kyrill ist über unser Land hinweggefegt und hat besonders starke Verwüstungen angerichtet. Kaum waren die Sturmböen verebbt, da begann das große Aufräumen. Tag und Nacht waren die Hilfsdienste und Reparaturtrupps im Einsatz. Die Koordination in der Katastrophennacht hat im Großen und Ganzen gut geklappt. Jetzt, Tage später, wird der ganze Umfang der angerichteten Schäden deutlich. Die Politik überlegt, wie den am stärksten Betroffenen geholfen werden kann. Und sie sucht nach Erklärungen: Ist Kyrill ein weiteres Indiz für die weltweite Klimaerwärmung oder ein Wettergeschehen, das zwar extrem, aber nicht außergewöhnlich war? (Seiten 4 bis 6)

Foto: Schälte

Das große Aufräumen nach dem Orkan Kyrill

Untersuchungsausschuss

„Es muss aufgeklärt werden, wie ein Mensch in der Obhut des Staates zu Tode gequält werden konnte.“ Mit diesen Worten begründete Ralf Jäger, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, den Beschluss seiner Fraktion, die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu beantragen. Dieser erste Untersuchungsausschuss der 14. Wahlperiode des Landtags soll sich mit dem Foltertod eines jugendlichen Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt Siegburg am 11. November vergangenen Jahres befassen. Turnusgemäß übernimmt ein Mitglied der CDU-Fraktion den Vorsitz in diesem Untersuchungsausschuss.



Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Ringens um den Ausgleich	3
<i>Landesregierung stellt Änderungen im Landschaftsgesetz vor</i>	
„Kyrill“ und seine Lehren	4-5
<i>Abgeordnete setzen sich mit Vorfällen und Folgerungen auseinander</i>	
Das blinde Wüten des Wetters	6
<i>Die Menschen in NRW rücken im Orkan zusammen und ziehen Bilanz</i>	
„Ein Beispiel an Frankreich nehmen“	7
<i>Mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren gefordert</i>	
Über Geld und Kohle	8-9
<i>Landesetat 2007 verabschiedet/Neuverschuldung soll weiter sinken</i>	
Zukunft der Psychiatrie	10
<i>Ausschussanhörung über ein tabuisiertes Leiden</i>	
Zu fit für den Ruhestand	11
<i>„Mehrgenerationenkonzepte“ wollen die Welten von Jung und Alt vernetzen</i>	
Qualität als Förderkriterium	12
<i>Neuer Präsident der Kunststiftung berichtet im Ausschuss</i>	
Von Berg zu Tal	13
<i>Studierendenzahl entwickelt sich/Investitionen erforderlich</i>	
Streben nach mehr Transparenz	13
<i>Forschende Fachhochschulen haben kurzen Draht zur Praxis</i>	
Kopfnoten bereiten Kopfzerbrechen	14
<i>Schulausschuss berät mit Sachverständigen Verordnung</i>	
„Ewigkeitskosten“ höher als erwartet	15
<i>Wirtschaftsausschuss diskutiert Ergebnisse des KPMG-Gutachtens</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
„Die Pflicht zu Eierabgabe ist rücksichtslos“	17
<i>Neue Erkenntnisse zu Petitionen aus den Gründungsjahren</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Hannelore Kraft (SPD)	19
Mieter besonders betroffen	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20



Das Wetter und die Politik

Kyrill war einfach fällig. Der Missionar und Apostel der Slawen kann aber nichts dafür, dass der verheerendste Orkan, der unser Land heimgesucht hat, seinen Namen trug. Kyrill stand gerade oben auf der Namensliste für Stürme.

Wir brauchen Namen, um Personen und Dinge auseinander zu halten. Namen bezeichnen etwas, aber sie erklären nichts. Zu gerne wüsste man nämlich, wie viel Kyrill mit der globalen Klimaveränderung zu tun hat. Da gibt es, wie sich auch im Landtag gezeigt hat, unterschiedliche Meinungen. Die Diskussion darüber ist zu führen – auch hier im Parlament, wo Entscheidungen fallen und Weichen für den Umweltschutz gestellt werden.

ENTSCHEIDUNGEN

Zum Beispiel: Was geschieht mit unseren heimischen Energieträgern? Ist die Atomenergie ein Auslaufmodell oder soll hier weiter geforscht werden? Wollen wir mehr Gaskraftwerke? Welche Strategien fördern den Ausbau der erneuerbaren Energien? Machen Umweltzonen in unseren Ballungsgebieten Sinn? Mehr Geld für mehr Straßen oder für mehr öffentlichen Nahverkehr? Hier haben die Abgeordneten des Landtags ein wichtiges Wörtchen mitzureden.

Das macht die Debatte über die Gefahr einer globalen Klimaerwärmung nicht akademisch, sondern sehr konkret. Sie muss geführt werden. Die Wissenschaft kann die Abgeordneten beraten, aber die Entscheidungen müssen in der Politik fallen. Das geschieht auch, und es gibt Prioritäten dabei. Jetzt, da das ganze Ausmaß der Schäden deutlich geworden ist, laufen die Maßnahmen richtig an.

Vor allem die Privatwaldbesitzer brauchen die Unterstützung durch die öffentliche Hand, etwa den Landesbetrieb Wald und Holz. Steuerliche Hilfen, ein Förderprogramm von derzeit 40 Millionen Euro für Sofortkredite und gegebenenfalls auch Landesbürgschaften sollen den Wiederaufbau der Wälder unterstützen.

Die Wälder in NRW werden sich erst langsam wieder erholen. Es wird Monate und Jahre dauern, bis die ärgsten Wunden geschlossen sind. Bäume wachsen langsam und verlangen Geduld. Der Forst und die Menschen, die jetzt in ihnen ihrer gefährvollen Arbeit nachgehen, brauchen aber keine Schaulustigen und Katastrophentouristen, die sich leichtsinnig in Gefahr bringen – auch wenn sie sich, wie unlängst in Winterberg beobachtet, zur eigenen Sicherheit einen Schutzhelm aufgesetzt haben. JK

Ringen um den Ausgleich

Landesregierung stellt Änderungen im Landschaftsgesetz vor

Nur noch im Verhältnis 1:1 sollen künftig in NRW Europa- und Bundesrecht im Landschaftsschutz umgesetzt werden. Weil das geltende Landschaftsgesetz zahlreiche Vorschriften enthalte, die über das geltende Bundesrecht hinausgehen, soll es nach dem Willen der Landesregierung novelliert werden, um Standortnachteile für das Land abzubauen. Über den Gesetzentwurf (Drs. 14/3144) fand im Plenum eine lebhaft und engagierte erste Lesung statt.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) bekannte sich für die Landesregierung „zum Schutz der Natur und zur Bewahrung der Schöpfung“. Dies erreiche man durch einen Ausgleich von Ökonomie und Ökologie, „durch den Verzicht auf überflüssige Bürokratie und durch eine Politik mit Vernunft und Augenmaß“. Der Minister weiter: „Unser neues Landschaftsgesetz schafft die Voraussetzung für einen Naturschutz, den wir mit den Menschen in unserem Land und nicht gegen sie umsetzen wollen.“ Von einem „Kahlschlag“, wie es aus dem Lager der Naturschützer geheißt habe, könne keine Rede sein. Der Entwurf orientiere sich streng an den naturschutzfachlichen Erfordernissen, den Anforderungen der Praxis und den Vorgaben von EU- und Bundesrecht. Das Recht der Naturschutzverbände zur Verbandsklage bleibe erhalten, „wird jedoch wie in vielen anderen Bundesländern auch auf Bundesrecht zurückgeführt“. Uhlenberg: „Das ist notwendig und vernünftig, weil die überzogenen Klagerechte ein Nachteil für den Standort Nordrhein-Westfalen waren.“

Svenja Schulze (SPD) sagte, dieser Gesetzentwurf werfe den Naturschutz im Land um 30 Jahre zurück. Wo gebe es konkret überflüssige Bürokratie und wo hätten die Verbände zu viel geklagt? Darauf habe die Landesregierung keine

Antwort. Sie betreibe „einen reinen Abbau von Umwelt- und Naturschutzstandards“. Die Mitwirkungsrechte engagierter Bürgerinnen und Bürger würden deutlich eingeschränkt, dabei sei es gerade diese Beteiligung gewesen, die zu einer größeren Akzeptanz von Planungen und Projekten und zu einem Weniger an Bürokratie geführt hätten. Geradezu „abstrus“ sei die Einschränkung des Verbandsklagerechts. Das sei unverzichtbar, und die Verbände hätten in der Vergangenheit gerade 15-mal davon Gebrauch gemacht – was den umsichtigen und verantwortungsvollen Umgang belege. So bleibe nur der Schluss: „Die Landesregierung will das ehrenamtliche Engagement von Naturschützerinnen und Naturschützern nicht.“ Das Gesetz sei nichts anderes als „ein Kniefall von CDU und FDP vor der industriellen Agrarlobby und Teilen der Wirtschaft“.

Friedhelm Ortgies (CDU) wertete die Neufassung als „überfällig“. Der Abgeordnete: „Dieses Gesetz hatte sich Rot-Grün in den Jahren der Regierungszeit zurechtgeschustert, um missliebige Projekte der Wirtschaft, Verkehrsinfrastruktur, ja sogar im privaten Bereich auszuhebeln.“ Die „unbegründeten und maßlos überzogenen Proteste“ der Umweltverbände zeigten, dass der Entwurf in die richtige Richtung gehe. Er sei sich sicher, dass die Proteste schnell verstum-

men werden, wenn das Gesetz in Kraft trete und die Auswirkungen bekannt werden. Damit gehe man einen „wichtigen Schritt zur Versöhnung der Belange des Umwelt- und Naturschutzes mit den Interessen von Bürgern, Kommunen und Wirtschaft vor Ort“.

Johannes Remmel (GRÜNE) fand, es gehe nicht um den Ausgleich von Ökologie und Ökonomie, sondern um das „eigenständige Recht von Pflanzen und Natur“ – also um ein Prinzip und nicht einen Ausgleich. Das sei der grundsätzliche gedankliche Unterschied, „der uns trennt“. Der Entwurf atme den Geist des Vorrangs von Nutzerinteressen, mit ihm gebe die Landesregierung grünes Licht für die Zerstörung von Natur und Landschaft. Mitwirkungsrechte würden massiv beschnitten. Die bisherige Politik des Konsenses in der Naturschutzpolitik werde abgebrochen, die Wettbewerbsfähigkeit angesichts steigender Rechtsunsicherheit, uneinheitlicher Verwaltungspraxis und Verkomplizierung von Verwaltungsentscheidungen nicht erhöht.

Holger Ellerbrock (FDP) hatte den Eindruck, man lebe in „absolut unterschiedlichen Welten“. Der Abgeordnete: „Ich habe selten Ausführungen gehört, die so neben der Realität stehen.“ Die ideologischen Scheuklappen müssten nach Rot-Grün weg, ebenso der nordrhein-westfälische Sonderweg: „Ja zur Gleichgewichtigkeit der Argumente!“ Jetzt habe man im Parlament die Mehrheit zum Umsteuern. Geist des Gesetzes seien „das Augenmaß und das Wiedererlangen von Akzeptanz“. Es gehe um einen anderen Umgang miteinander und um den Wegfall der Bevormundung. Zum Vereinsklagerecht: Es sei verbohrt, von „Kahlschlag“ zu sprechen, wenn etwas auf Landesebene eingeführt werde, was auf Bundesebene bereits angewandt werde. Ehrenamt sei Engagement um der Sache willen „und hängt doch nicht davon ab, ob ich klagen kann oder nicht“.



Bulgarien ...

... ist seit dem 1. Januar 2007 neues Mitglied der Europäischen Union. Der Präsident der Bulgarischen Republik, Georgi Parvanov (M.), trug sich jetzt bei seinem Besuch im Landtag in das Gästebuch des Parlaments ein. Begleitet wurde der Staatspräsident von seiner Frau, Zorka Parvanova (I.). Landtagspräsidentin Regina van Dinther (r.) wünschte dem neuen EU-Mitglied Bulgarien auf seinem Weg viel Erfolg.

Foto: Schälte

Kyrill und seine Lehren

Abgeordnete setzen sich mit Vorfällen und Folgerungen auseinander

Der Orkan Kyrill und seine Folgen waren die Themen der Aktuellen Stunde im Plenum. CDU und FDP sowie die GRÜNE-Fraktion hatten unter unterschiedlichen Akzenten die Debatte beantragt, in die auch zwei Eilanträge der SPD einbezogen wurden. Die Koalition stellte die Bewährung des Katastrophenschutzes in den Vordergrund, während die Grünen Hilfen für betroffene Waldbesitzer und – wie die SPD, die zusätzlich den Klimaschutz thematisierte – einen Stopp der Forstreform verlangten. In einem waren sich die Fraktionen einig, im Dank an die vielen Helferinnen und Helfer, die die Großschadenslage zu bewältigen halfen.

Wolfgang Schmitz (CDU) erinnerte an die sechs Todesopfer, die der Orkan gefordert hat. Zwei Feuerwehrleute sind getötet, 44 Feuerwehrleute und ein Polizist verletzt worden. „Den Angehörigen und Hinterbliebenen der Opfer gehört unser ganzes Mitgefühl“, betonte Schmitz und dankte den 43.000 haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften. Der Katastrophenschutz funktioniert im Lande, das habe sich erwiesen. Der Abgeordnete meinte, ohne die ehrenamtliche Hilfe gehe es in diesem Bereich nicht. Aber die Feuerwehren und die Hilfsorganisationen hätten große Nachwuchsprobleme: „Wir müssen überlegen, was wir dagegen tun können und wie wir der Feuerwehr helfen können.“

Horst Engel (FDP) sagte, das Sieger- und das Sauerland seien die am stärksten vom Sturm betroffene Region Europas. Schwierig sei, dass es bei den Rettungsdiensten, bei Feuerwehr und

Katastrophenschutz verschiedene gesetzliche Zuständigkeiten von Regierungspräsidenten, Kreisen und Kommunen nebeneinander gebe (Engels: „Durcheinander“). An der Verbesserung des Standards bei Vernetzung und Kommunikation müsse weiter gearbeitet werden. Bei einem Unglücksfall werde der Katastrophenschutz auf kommunaler Ebene organisiert. Rettungsdienst und Katastrophenschutz seien Sache der Kreise. Feuerschutz sei Angelegenheit der Kommunen, und die Einbindung der Polizei laufe eigenständig nebenher. Die Reibungsverluste sollten mit einer neuen Sicherheitsarchitektur beseitigt werden. Engel: „Das haben wir bereits an anderer Stelle thematisiert. Daran arbeiten wir.“

Dr. Karsten Rudolph (SPD) sprach ein Thema an, das den Einsatz der Helferinnen und Helfer bei Feuerwehr und Hilfsorganisationen berührt. Ihm sei zu Ohren gekommen, „dass es große

Probleme beim Vollzug der gesetzlichen Regelungen für Feuerwehrleute und andere Helfer im Ehrenamt gibt, weil zu viele Arbeitgeber in unserem Land ihre Mitarbeiter für ihre ehrenamtliche Tätigkeiten nicht oder nicht mehr freistellen“. Nach pausenlosen Tag- und Nachteinsätzen hätten viele am nächsten Tag wieder zur Arbeit erscheinen müssen und seien nicht auf das Verständnis des Arbeitgebers gestoßen, „das man eigentlich hätte erwarten dürfen“. Die Regierungspräsidenten hätten sich beim Orkan als „Bündelungsbehörden“ bewährt.

Monika Düker (GRÜNE) folgerte, der Katastrophenschutz habe funktioniert – nicht wegen, sondern trotz der Politik von CDU und FDP. „Die Landesregierung macht es dem Katastrophenschutz nicht leicht, sie sorgt für Ärger und Irritationen“, sagte sie und nannte als Beispiel die neue Arbeitszeitregelung bei der Feuerwehr.



Wolfgang Schmitz (CDU)

Horst Engel (FDP)

Dr. Karsten Rudolph (SPD)

Monika Düker (GRÜNE)

Innenminister
Dr. Ingo Wolf (FDP)

Die Landesregierung habe noch nicht zu sagen vermocht, wie die neue Arbeitszeitverordnung der EU bei der Feuerwehr umgesetzt werde und wie sie diese neue Ordnung vor Ort realisieren wolle.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) berichtete von über 40.000 Einsätzen von Feuerwehr und Katastrophenschutz; 43.000 haupt- und ehrenamtlich Kräfte seien dabei unterwegs gewesen. Ihnen allen spreche er seinen persönlichen und den Dank der Landesregierung aus. Auf den Straßen habe es nach Angaben der Straßenmeistereien Schäden an 300 Lichtzeichenanlagen und 10.000 Verkehrszeichen gegeben. „Die im Zusammenhang mit den Orkanshäden landesweit getroffenen Maßnahmen der Gefahrenabwehr waren lageangepasst, angemessen und erfolgreich“, sagte der Minister rückblickend. „Die Kommunikation zwischen den Leitstellen der Kreise und kreisfreien Städte, den Bezirksregierungen und dem Innenministerium funktionierte nahezu reibungslos.“ Anschließend gab der Innenminister einen Ausblick: „Zur Zeit arbeitet mein Haus an einer ressortübergreifenden landesweiten Gefährdungsanalyse. Einen ersten Entwurf dieser Gefährdungsanalyse hat das Kabinett am Dienstag beraten.“

Johannes Rimmel (GRÜNE) sagte, man lebe in „verrückten“ Zeiten: heißester Juli im Jahr 2006, kältester August, wärmster Dezember. Das ordneten die Menschen zusammen mit dem Orkan in einen größeren Zusammenhang ein, „nämlich in den Klimawandel“. Es gehe nicht mehr darum, ob Klimaschutz und Klimawechsel stattfänden und ob Klimaschutz sich lohne: „Wir diskutieren nur noch über das Wie. Das ist der entscheidende Punkt der Wende dieser Debatte.“

Svenja Schulze (SPD) wollte von der Landesregierung wissen, was sie beim Klimaschutz zu tun gedenke. Seit der Regierungsübernahme sei viel zu wenig passiert: „In 582 Tagen haben Sie es nicht geschafft, wenigstens Grundideen und Leitlinien für Ihre Klimaschutzpolitik vorzule-

gen.“ Das seien 582 verlorene Tage. Bei einem Koalitionspartner wie der FDP, die von Menschen verursachte Effekte immer noch nicht wahrhaben wolle, sei das auch schwierig. Dabei könnte die Regierung einfach die Arbeit fortzuschreiben, die Rot-Grün auf diesem Gebiet geleistet habe.

Monika Brunert-Jetter (CDU) erläuterte als Abgeordnete aus dem Sauer- und Siegerland die Schäden, die der Orkan im Wald ihrer Heimat verursacht habe: „Das ganze Landschaftsbild hat sich verändert und ist zu großen Teilen einfach verschwunden.“ Schätzungsweise seien 50.000 Hektar entwaldet worden. Nach der Katastrophe habe die Landesregierung umgehend ein Krisenmanagement eingesetzt. Ihr besonderer Dank gelte dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs Wald und Holz. Deren persönlicher Einsatz werde auch durch die Forstreform nicht behindert, zeigte sie sich überzeugt.

Holger Ellerbrock (FDP) räumte ein, es gebe unterschiedliche Auffassungen über den menschlich bedingten Einfluss auf das Klima. In der Diskussion gehe es nicht nur um Kohlendioxid, es gebe auch andere Einflüsse. Darüber müsse man wissenschaftlich diskutieren. Orkantiefs seien im Winter nicht ungewöhnlich. Darum sehe er keinen Anlass, mit der „Angst der Menschen Politik zu machen“. Schon gar kein Zusammenhang bestehe zwischen Orkan und Forstreform, zumal der Revierförster als Ansprechpartner der Waldbesitzer in der Fläche vor Ort verbleibe. Ellerbrock: „Wir werden die Reform durchführen.“ Der Landsbetrieb habe professionell gehandelt. Es sei aber zu überlegen, ob der Landesbetrieb seine Holzvermarktung zugunsten der betroffenen Privatwaldbesitzer zurückführt. Da habe die öffentliche Hand eine Vorbild- und Schutzfunktion, fand der Abgeordnete.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) betonte, jetzt sei unbürokratische Hilfe erforderlich:

„Ich habe veranlasst, dass wir den Waldbesitzern, Arbeitskräften und Kunden unsere satellitengestützte elektronische Absicherung der Waldarbeit zur Verfügung stellen. Wir haben unverzüglich die Voraussetzungen geschaffen, um so schnell wie möglich die Wege frei zu räumen, die Flächen aufzuarbeiten und das Holz vor Beginn des Borkenkäfer-Flugs ins Lager zu bringen. Zu den Maßnahmen zählt die Möglichkeit, Holz auch am Sonntag und mit erhöhten Lasten abzufahren.“

In Arnsberg habe der Landesbetrieb Wald und Holz ein Zentrum für Information, Kommunikation und Logistik errichtet, eine Hotline gebe dort Auskunft zu allen Fragen der Bürger in Zusammenhang mit den Waldschäden. „In den Hauptschadensgebieten liegt oft das gesamte Vermögen der Forstbetriebe am Boden. Wir wollen daher mit steuerlichen Maßnahmen, mit entsprechenden Förderprogrammen und gegebenenfalls mit Landesbürgschaften den betroffenen Waldbesitzern auch finanziell unter die Arme greifen“, sagte Uhlenberg. „Die Waldbesitzer haben mir versichert, dass sie keine Almosen haben wollen. Dort allerdings, wo sie es ohne staatliche Hilfe nicht schaffen, steht die Landesregierung bereit. Und es gibt ja auch ein Glück im Unglück in dieser Katastrophe: Der Holzmarkt boomt.“ Der Minister empfahl, bei der Neuanpflanzung Baumarten zu wählen, die an Stürme angepasster seien als andere. Die Waldbau-Experten der Landesforstverwaltung würden hierzu Tipps geben.

Zu einem Stopp der geplanten Forstreform, wie er von Sprechern der Grünen und der SPD gefordert worden war, meinte Uhlenberg: „Wir werden die Forstreform umsetzen. Diese Reform ist richtig und notwendig und wird unsere Forstverwaltung noch leistungsfähiger machen. Wir werden Verwaltungskosten einsparen – selbstverständlich ziehen wir keine Leute aus dem Wald ab. Die Förster bleiben in ihren Revieren und in der Fläche vertreten. Weil das so ist und bleibt, hat der Waldbauernverband die Pläne der Landesregierung zur Forstreform unterstützt.“

Fotos: Schälte



Johannes Rimmel (GRÜNE)

Svenja Schulze (SPD)

Monika Brunert-Jetter (CDU)

Holger Ellerbrock (FDP)

Umweltminister
Eckhard Uhlenberg (CDU)

Das blinde Wüten des Wetters

Die Menschen in NRW rücken im Orkan zusammen und ziehen Bilanz

Er war einer der schlimmsten Stürme, die in den letzten vier Jahrzehnten über das Land hereingebrochen sind. Die verheerende Bilanz für Nordrhein-Westfalen: Sechs Tote (darunter zwei Feuerwehrleute), 150 Verletzte, 25 Millionen geknickte Bäume, alles in allem ein Milliarden-Schaden.

zentrum beim NRW-Innenministerium den landesweiten Schaden auf 29 Millionen Euro – zu optimistisch, wie sich später zeigen sollte. Die Landesforstverwaltung beziffert nach einer ersten Übersicht die Zahl der vom Sturm um-

Achtung Sturmschaden!
Gefahr durch herabgestürzte und herabstürzende Bäume!
Durchgang strengstens verboten!
Lebensgefahr!

Foto: Schälte

geworfenen Bäume auf rund 25 Millionen – die größten Waldschäden in der Geschichte des Landes. Besonders betroffen: das Sauerland, das Siegerland, der Teutoburger Wald. In Südwestfalen entstehen 80 Prozent der Verluste. Aber auch die Eifel und die Wälder am Niederrhein kommen nicht ungeschoren davon.

AUFRÄUMARBEITEN

Manchem Waldbesitzer treibt der Anblick der verwüsteten Wälder die Tränen in die Augen. Sie sehen sich jetzt vor die Existenzfrage gestellt und sind auf Hilfe angewiesen. Das Land denkt darum über Landesbürgschaften nach und will mit dem Bund über Steuererleichterungen für betroffene Forstbesitzer reden. Sie und die Waldarbeiter müssen sich sputen, in ihren Wäldern Ordnung zu schaffen, sonst besteht bei wärmer werdendem Wetter die Gefahr einer Borkenkäferplage. Alle anderen dürfen vorläufig zur eigenen Sicherheit die Wälder nicht betreten.

Das blinde Wüten der Elemente führte auch zu ein paar ungewöhnlichen Vorkommnissen und Folgen. Zäune wurden niedergerissen, zwei Luchse büxten aus ihrem Dortmunder Gehege in die Freiheit aus. Anders die Bären von Isselburg. Sie blieben in ihren Höhlen, obwohl auch sie das Weite hätten suchen können. Der Wind ließ in Köln Bohlen auf das weltberühmte Dionysos-Mosaik prasseln: Erst Tage später konnten die Schäden genauer abgeschätzt werden. Die Versicherungen rechnen damit, dass sie die Prämien erhöhen müssen. Und die Eigner von Baumärkten bereiten sich auf einen Ansturm der Kunden vor, die Bäume zersägen und Haus und Garten in Ordnung bringen wollen. JK

Der Orkan Kyrill zog eine Spur der Verwüstung, legte stundenlang den Straßenverkehr und tagelang den Schienenverkehr lahm, hielt Flugzeuge am Boden fest, führte zu Überschwemmungen, unterbrach Telefonverbindungen, deckte Dächer ab, zerriss Stromleitungen, zermalmte Autos und trieb die Menschen in sichere Räume, in Münster sogar in den alten Luftschutzbunker unter dem Hauptbahnhof. Orkanböen rasten mit bis zu 144 Stundenkilometern durch Düsseldorf. Kinder wurden frühzeitig aus den Schulen und Tagesstätten nach Hause geschickt. Bedienstete bekamen vorzeitig frei. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein rief für seinen Bereich Katastrophenalarm aus.

CHRONOLOGIE

Donnerstag, 18. Januar 2007. Das Sturmtief Kyrill nähert sich NRW. Um 17.40 Uhr ruht landesweit der Bahnverkehr. 20 Minuten später bleiben im gesamten Norden und Westen die Züge stehen. Kurz nach 19 Uhr geht bundesweit nichts mehr auf der Schiene. 4.000 Reisende

stranden in nordrhein-westfälischen Bahnhöfen und müssen sich auf eine ungemütliche Nacht einrichten. In der Landeshauptstadt öffnet die Bundespolizei am Bahnhof ihre Schulungsräume. In Köln werden in den Räumen des Bahnpersonals ein Aufenthaltsraum und ein Schlafsaal für 200 Personen eingerichtet. Hier ertönen zur Beruhigung Kölsche Karnevalslieder aus den Lautsprechern.

Als am Katastrophenabend das ganze Ausmaß klar wird, läuft die Hilfsmaschinerie an. Die Helfer von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Rotem Kreuz und anderen Organisationen sind pausenlos vor Ort. Zusammen mit der Polizei fahren sie 55.000 Einsätze. Freiwillige und Privatleute helfen, wo sie können. Notbetten, Decken, Verpflegung werden herangeschafft. Wer ein Hotelzimmer oder Unterkunft in einer Jugendherberge erwirbt, kann sich glücklich schätzen. An den Taxiständen bilden sich spontane Fahrgemeinschaften.

Am Freitagmorgen entspannt sich zunehmend die Situation, einige Fernstrecken der Bahn nehmen ihren Betrieb wieder auf, die Aufräumarbeiten gehen weiter, erste Bilanzen werden gezogen. Am Freitag schätzt das Lage-

„Ein Beispiel an Frankreich nehmen“

Mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren gefordert

Der Mangel an qualifizierten Betreuungsplätzen für Kleinkinder ist ein Hauptgrund dafür, dass sich hierzulande immer weniger junge Menschen für Kinder entscheiden. Davon geht die SPD-Fraktion aus. In einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde forderte sie die Landesregierung auf, endlich ein Konzept für den Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige (U3) vorzulegen. Nachbarland Frankreich sei hier mit gutem Beispiel vorangegangen. Durch konsequenten Ausbau der Betreuungsangebote habe man einen Wiederanstieg der Geburtenrate erreicht. NRW solle diesem Beispiel folgen. Im Grundsatz richtig, urteilten auch die Koalitionsfraktionen. Die Landesregierung brauche jedoch nicht angetrieben zu werden. Sie halte an ihrem Ziel fest, bis zum Jahre 2010 bei den U3-Betreuungsplätzen eine Deckungsquote von 20 Prozent zu erreichen.

Wolfgang Jörg (SPD) stellte der Landesregierung ein schlechtes Zeugnis für ihre bisherige Kinder- und Familienpolitik aus. Zwischen den Versprechen des Ministerpräsidenten und der tatsächlichen Situation der Kinder in diesem Land lägen Welten. Bislang seien keine „messbaren Veränderungen“ bei der U3-Betreuung eingetreten. Derzeit gebe es vielleicht gerade einmal 15.000 Plätze. Stattdessen gehe die Regierung noch hin und kürze bei den Beratungsstellen für Familien. Der Abgeordnete erkannte darin ein Indiz für das „offensichtlich immer noch veraltete Familienbild der Konservativen“. Namens seiner Fraktion forderte er die Schaffung von mindestens 120.000 Plätzen in der U3-Betreuung. Die Landesregierung solle sich ein Beispiel an Frankreich nehmen. Hier habe man erkannt, dass der Ausbau von qualitativ hochwertigen und kostenlosen Betreuungsplätzen auch die Geburtenrate wieder ansteigen ließe.

Ursula Doppmeier (CDU) spielte den Ball an die Opposition zurück: „Wer hat denn in den vergangenen 15 Jahren die dramatisch zurückgehende Kinderzahl negiert?“ Schwarz-Gelb habe von der Vorgängerregierung einen Versorgungsgrad von nur 2,8 Prozent bei der U3-Betreuung übernommen. Nach Amtsantritt habe man dann umgehend damit begonnen, nicht belegte Kindergartenplätze in U3-Betreuungsplätze umzuwandeln und binnen kurzer Zeit 2.000 zusätzliche Plätze geschaffen. „Heute zu Beginn 2007 gibt es 16.000 Plätze für U3, dazu kommen 17.000 Plätze in Spielgruppen und etwa 10.000 Plätze bei Tagesmüttern und -vätern.“ Ziel sei es, bis 2010 auf 20 Prozent Deckungsbedarf zu kommen. Mit dem neuen Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder leite man hierzu auch einen entscheidenden Schritt auf der gesetzlichen Ebene ein.

Andrea Asch (GRÜNE) konterte: „Es hilft in der Sache überhaupt nichts, wenn Sie zum wiederholten Male die Verantwortung für die derzeitige Situation auf die Vorgängerregierung schieben.“ CDU und FDP seien jetzt

diejenigen, die Verantwortung tragen. Aus Sicht der Grünen sei klar: „Wir werden erst dann eine befriedigende Betreuungssituation haben, wenn wir einen Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr bekommen.“ Die Regierung rühme sich damit, dass sie seit Amtsantritt 2.000 Betreuungsplätze neu geschaffen habe. „Ich gratuliere, wenn sie in dem Tempo weitermachen, müssen Sie nur noch 40 Jahre weiterregieren, um die tatsächlich benötigte Zahl an Plätzen zu erreichen.“

Christian Lindner (FDP) zog ein Zwischenfazit: In nur 18 Monaten habe Schwarz-Gelb Möglichkeiten für 6.000 zusätzliche Plätze geschaffen. Zudem habe die Regierung über das mit 23 Millionen Euro ausgestattete Programm „Frühe Förderung für Kinder“ neue Schwerpunkte in der Familienpolitik gesetzt. Die Ankündigung der SPD, eine Deckungsquote bei der U3-Betreuung von 40 Prozent

schaffen zu wollen und das auch noch

ohne Elternbeiträge, sei vollkommen utopisch. Dies würde eine Haushaltsmehrbelastung von „einer schlappen Milliarde“ bedeuten. Die Vorschläge der Regierung seien hingegen „seriös kalkuliert und finanzierbar“.

Generationenminister Armin Laschet (CDU) zeigte sich überrascht über die von der SPD-Fraktion beantragte Aktuellen Stunde: „Warum wollen Sie mit aller Macht die Aufmerksamkeit der Menschen auf ihr eigenes größtes Versagen lenken?“ Wie in Frankreich werde auch die schwarz-gelbe Landesregierung hierzulande nicht nur die institutionelle U3-Betreuung, sondern auch die Tagespflege ausbauen. Mit dem Inkrafttreten des Kindergartengesetzes im Jahre 2008 werde man die Plätze in der U3-Betreuung verdoppeln. „Das ist ein Fakt, daran können Sie uns messen“, so Laschet. „Ich bin sicher, wir werden das familienfreundlichste Bundesland!“



Foto: Schälte

Über Geld und Kohle

Landesetat 2007 verabschiedet / Neuverschuldung soll weiter sinken

Der nordrhein-westfälische Landtag hat mit den Stimmen von CDU und FDP den Haushalt für 2007 verabschiedet. Das Haushaltsvolumen 2007 beträgt 49,6 Milliarden Euro. Die Steuereinnahmen werden auf Basis der Steuerschätzung von November 2006 mit 38,5 Milliarden Euro kalkuliert. Auch die Kreditverfassungsgrenze wird 2007 eingehalten. Das Land NRW hat dennoch rund 115 Milliarden Euro Schulden. Angesichts dieses immensen Schuldenbergs ist es das Ziel der Regierungsfractionen, möglichst rasch mit der Schuldentilgung zu beginnen. Die Oppositionsfractionen von SPD und Grünen lehnten den Etat dagegen als unsozial ab und forderten Umschichtungen.

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, sagte, der Haushaltsentwurf sei mutlos, weil in ihm nicht wirklich gespart werde, profillos, weil keine politischen Schwerpunkte gesetzt würden und verantwortungslos, weil Lasten und Konflikte auf die Kommunen abgeschoben würden: „Politik muss gestalten, nicht nur verwalten“, meinte sie. „NRW wird in diesem Jahr zwei Milliarden Steuern mehr einnehmen. Ich fordere Sie heute noch einmal auf, von den zwei Milliarden Euro mehr Steuern 20 Millionen Euro, also gerade einmal ein Prozent, in die Hand zu nehmen und in die Zukunft unserer Kinder zu investieren.“

Bis zum Jahr 2010 sollte ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag geschaffen werden – und zwar für ganztägige Betreuung. Schrittweise – beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr – müsse außerdem die Betreuung von Kindern für die Eltern kostenfrei werden. „Sie verändern dieses Land – das ist unbestritten. Aber allzu oft ist es eine Veränderung zum Schlechten“, sagte Kraft und nannte beispielsweise die Schulpolitik (das Abitur nach zwölf Jahren schaffe neue Hürden), die Energiepolitik (die SPD setze weiter auf Braunkohle, Steinkohle und erneuerbare Energien) sowie das neue Landespersonalvertretungsgesetz, das eine Gefahr für Motivation und Leistungsbereitschaft darstelle.

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, freute sich: „Wann sind wir zuletzt mit so vielen guten Meldungen überhäuft worden? Unsere Wirtschaft wächst, der Mittelstand fasst wieder

Tritt, die Zahl der Insolvenzen ist rückläufig.“ Die Daten ließen erwarten, dass auch 2007 die Steuerquellen weiter sprudeln: „Mehr Wachstum, weniger Arbeitslosigkeit, mehr Beschäftigung – dadurch wachsen die Einnahmen, können wir Schulden abbauen und in die Zukunft investieren.“ Natürlich brauche Regierung eine Opposition, meinte Stahl: „Das hält uns jung, frisch und kreativ. Aber wer ist denn dafür verantwortlich, dass in NRW 25 Prozent der Kinder nicht richtig lesen und schreiben konnten? Wer ist denn verantwortlich für den Schuldenberg? Sie wollen Staat vor Privat. Sie wollen Gleichheit vor Freiheit. Sie wollen Verteilen vor Erarbeiten. Das ist das alte Profil Ihrer Partei, aufgemöbelt mit ein wenig modischem Make-up“, so Stahl.

CDU und FDP hätten allein schon durch die bisherige Haushaltskonsolidierung dauerhaft Zinsersparnisse von jährlich 140 Millionen Euro eingefahren. In diesem Jahr werde man das Landschafts-, das Landeswasser-, das Landesplanungsgesetz novellieren, das Landespersonalvertretungsrecht neu gestalten, die Gemeindeordnung zukunftsgerecht verändern, die Strukturen im öffentlichen Personennahverkehr ordnen, das Gesetz der Tageseinrichtungen für Kinder überarbeiten, das Sparkassengesetz und das Krankenhausgesetz novellieren, eine Reform der Lehrerausbildung machen und beharrlich dem Kurs der Konsolidierung des Landeshaushalts folgen.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, warnte: „Hochmut kommt vor dem Fall.“ Nord-

rhein-Westfalen müsse Antworten finden auf die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dazu zähle der Klimawandel und seine Folgen: Klimaschutz sei auch Wirtschaftspolitik. Dann ging sie auf die gestiegenen Kindergartenbeiträge ein und formulierte: „Herr Rüttgers, Sie reden wie Blüm und regieren wie Westerwelle. Kaum ein halbes Jahr nach Ihrer Sommer-Sozial-Show ist Ihr soziales Tarnmäntelchen weg. Ihren gebügelten Blaumann können Sie getrost in die Altkleidersammlung der Caritas geben. Und Ihre pseudo-sozialen Vorschläge zum Arbeitslosengeld, mit denen Sie Jung und Alt in fataler Weise gegeneinander ausspielen wollten, hatte Frau Merkel schon vor dem letzten CDU-Parteitag geschreddert. Beschluss hin oder her. Das erinnert mich an Erich Mühsam: War einmal ein Revoluzzer, im Zivilstand Lampenputzer.“

Was konkret die Landesregierung für das Klima tun sollte, sagte sie auch: „Zum Beispiel den ÖPNV fördern, statt immer neue Straßen zu bauen. Zum Beispiel die Schiene fördern, statt Monster-Trucks auf die Autobahnen zu lassen. Zum Beispiel auf Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien setzen statt auf ineffiziente, Energie verschwendende Großkraftwerke.“ Löhrmann kritisierte ebenfalls die Schulpolitik, sogar die Lehrereinstellungen: „Ja, gewiss, Sie geben laut Haushalt 111 Millionen Euro mehr aus im Schulbereich. Das hört sich nach einem schönen Plus an. Aber: Allein die Pensionen steigen um 123 Millionen Euro. Ein Mehr für die Schülerinnen und Schüler, ein Mehr für Kinder und Jugendliche ist das nicht. Oder wollen Sie, Herr Ministerpräsident, ernsthaft die pensionierten Lehrerinnen und Lehrer als Aktivposten für Kinder und Jugendliche einrechnen?“

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, betonte: „Wir verabschieden heute einen Haushalt, der erneut eine klare Abkehr bedeutet von der hemmungslosen Verschuldungspolitik der rot-grünen Vorgängerregierung. Rot-Grün hat in zehn Jahren Regierungszeit die Schulden unseres Landes annähernd verdoppelt. Wir haben es geschafft, in nur einem Jahr die jährliche Neuverschuldung zu halbieren. Wir werden es schaffen, in der nächsten Legislaturperiode einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.“ Kaum



Haushaltseckdaten

	2007 (in Milliarden Euro)	2006 (in Milliarden Euro)	2005 (in Milliarden Euro)
Gesamtausgaben	49,6	48,2	50,5
Steuereinnahmen	(erwartet) 38,5	36,5	34,7
Kredite (netto)	3,2	5,7	6,7
Zinsausgaben	4,7	4,7	4,5
Investitionen (netto)	3,3	3,3	6,0
Personalausgaben	19,0	18,6	20,2

trage der Konsolidierungskurs Früchte, ziehe Rot-Grün wieder die Spendierhosen an und rufe nach Mehrausgaben: „Gegenfinanziert mit einem einfachen Taschenspielertrick, in dem die zu erwartenden Steuereinnahmen einfach höher angesetzt werden. So hat das die SPD über viele Jahre hinweg gemacht und bis heute noch nichts daraus gelernt.“

Um die innere Sicherheit zu verbessern, bringe die Regierung wieder mehr Polizei auf die Straße und sie investiere in Bildung. Man habe von den Wählern den Auftrag bekommen, NRW zu modernisieren: „Dank unserem liberalen Innenminister Ingo Wolf sind von 1.000 Behörden und Einrichtungen in NRW bereits 116 abgeschafft worden. Wir müssen den Personalbestand in der Landesverwaltung abbauen, weil wir immer noch mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen des Landes für die Beschäftigten ausgeben.“

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) meinte, Haushaltsdebatten seien immer ein Stück Streit, aber er hätte schon erwartet, dass Frau Kraft nicht einfach ihre Parteitage wiederhole. „Hier ist der Ort für den Wettbewerb um die besten Ideen für die Menschen und für unser Land“, sagte Rüttgers und vermisste Konzepte seitens der SPD. „Ich lade Sie ein, mit der Debatte über die besten Lösungen möglichst bald zu beginnen.“ Der Aufschwung in NRW sei da und er sei stolz, dass die schwarz-gelbe Regierung die letzten 20 Monate mehr positiv verändert habe als die rot-grüne Vorgängerregierung in zehn Jahren davor.



Rüttgers zählte auf: „Die Wirtschaft wächst. Neue Arbeitsplätze entstehen. Die Verschuldung sinkt. Auch die Wachstumsprognose für 2007 ist gut. Es kann nur besser werden. Das sind unbestreitbare Erfolge. Wir verdanken sie den Menschen. Die neue Landesregierung hat ihren Teil dazu beigetragen. Wir haben gespart und zugleich in Zukunftsaufgaben investiert. Wir haben die Zahl der U3-Betreuungsplätze von 11.000 Anfang 2005 auf derzeit 16.000 erhöht. Wir sind mit 251 Familienzentren gestartet. Wir haben bis heute 3.230 zusätzliche Lehrerstellen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls und für den Ausbau der Ganztagschule geschaffen. Wir haben bislang 115.700 Ganztagsplätze in den Grundschulen und 14.069 Ganztagsplätze in den Haupt- und Förderschulen eingerichtet. Das sind Fortschritte, die man nicht bestreiten kann.“

Die SPD gehe hinter alles zurück, was Johannes Rau, Wolfgang Clement und Peer Steinbrück in diesem Landtag vertreten hätten. Sie falle hin-

ter alles zurück, was im Schröder-Blair-Papier oder in der Agenda 2010 vertreten worden sei, sie falle zurück in die 50er Jahre: „Ich sage: Schulden sind unsozial, weil sie von unseren Kindern zurückgezahlt werden müssen. Mehr staatliche Transferleistungen sind unsozial, wenn sie auf Pump bezahlt werden. Immer mehr Bürokratie und immer mehr Regulierungen und Verordnungen sind unsozial, weil sie Arbeitsplätze kosten. Sie dagegen fordern: mehr Schulden, höhere Steuern, mehr Bürokratie und die Einheitsschule. Das mag links sein. Aber vor allen Dingen ist es alt“, betonte der Ministerpräsident.

Die Vorgängerregierung habe bei der Frauropolitik von 2000 bis 2005 rund zehn Millionen Euro eingespart, habe den Kinder- und Jugendförderplan auf 75 Millionen Euro im Jahr 2005 heruntergefahren, habe Studiengebühren von Langzeitstudierenden kassiert, sie aber nicht den Hochschulen gegeben, sondern in den Haushalt gesteckt. Nun halte die SPD wider besseres Wissen am subventionierten Sockelbergbau fest, obwohl er ab 2018 jährlich mindestens 1,6 Milliarden Euro kosten würde und nicht mit EU-Recht vereinbar sei. Er dagegen wolle Innovationen fördern, Nordrhein-Westfalen zum Zentrum der Informations- und Kommunikationsindustrie, zum Silicon Valley Deutschlands machen. Anschließend nannte Rüttgers eine Fülle weiterer Projekte: Vom Rhein-Ruhr-Express über das Großprojekt Kulturhauptstadt 2010 bis hin zum Plan „Jedem Kind ein Instrument“: Mit 50 Millionen Euro wolle so das Land gemeinsam mit der Bundeskulturstiftung dafür sorgen, dass bis 2010 rund 212.000 Kinder zusätzlichen Musikunterricht erhalten.

Einzeletats

	2007 (in Milliarden Euro)	2006 (in Milliarden Euro)	2005 (in Milliarden Euro)
Landtag	0,093	0,095	0,089
Ministerpräsident	0,273	0,251	0,212
Innen	4,279	4,086	4,263
Justiz	3,219	3,176	3,139
Schule und Weiterbildung	12,623	12,579	12,263
Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	5,176	5,149	5,155
Wirtschaft, Mittelstand und Energie	0,979	1,033	0,963
Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	0,745	0,906	0,936
Arbeit, Gesundheit und Soziales	3,113	2,870	2,695
Finanzen	1,770	1,760	2,368
Landesrechnungshof	0,036	0,036	0,037
Bauen und Verkehr	2,972	3,144	3,162
Generationen, Familie, Frauen und Integration	1,291	1,310	1,400
Allgemeine Finanzverwaltung	13,050	11,834	14,040

Der wohl umstrittenste Punkt: Zwang und Gewalt in der psychiatrischen Behandlung. Zwangseinweisung verglich Matthias Seibt vom Landesverband Psychiatrie-Erfahrener mit dem strafrechtlichen Verfahren Haft. „Zwangsbearbeitung, also den Eingriff in die körperliche Unversehrtheit, nennt man an anderen Stellen Folter“, formulierte der Selbsthilfefortreter provozierend. Einig waren sich alle Beteiligten in dem Ziel, die Zahl der Zwangseinweisungen dauerhaft deutlich zu senken. Ganz verzichten können werde man darauf nie, man wolle aber klare Kriterien im Gesetz. Optimierbar sei in diesem Kontext das Modell der Kontrolle, meinten die Fachleute und verwiesen auf Konzepte unter anderem aus Baden-Württemberg. Dort liegen zwischen Einweisung und deren Überprüfung bis zu 72 Stunden – Zeit genug, dass sich eine akute Krise legen kann.

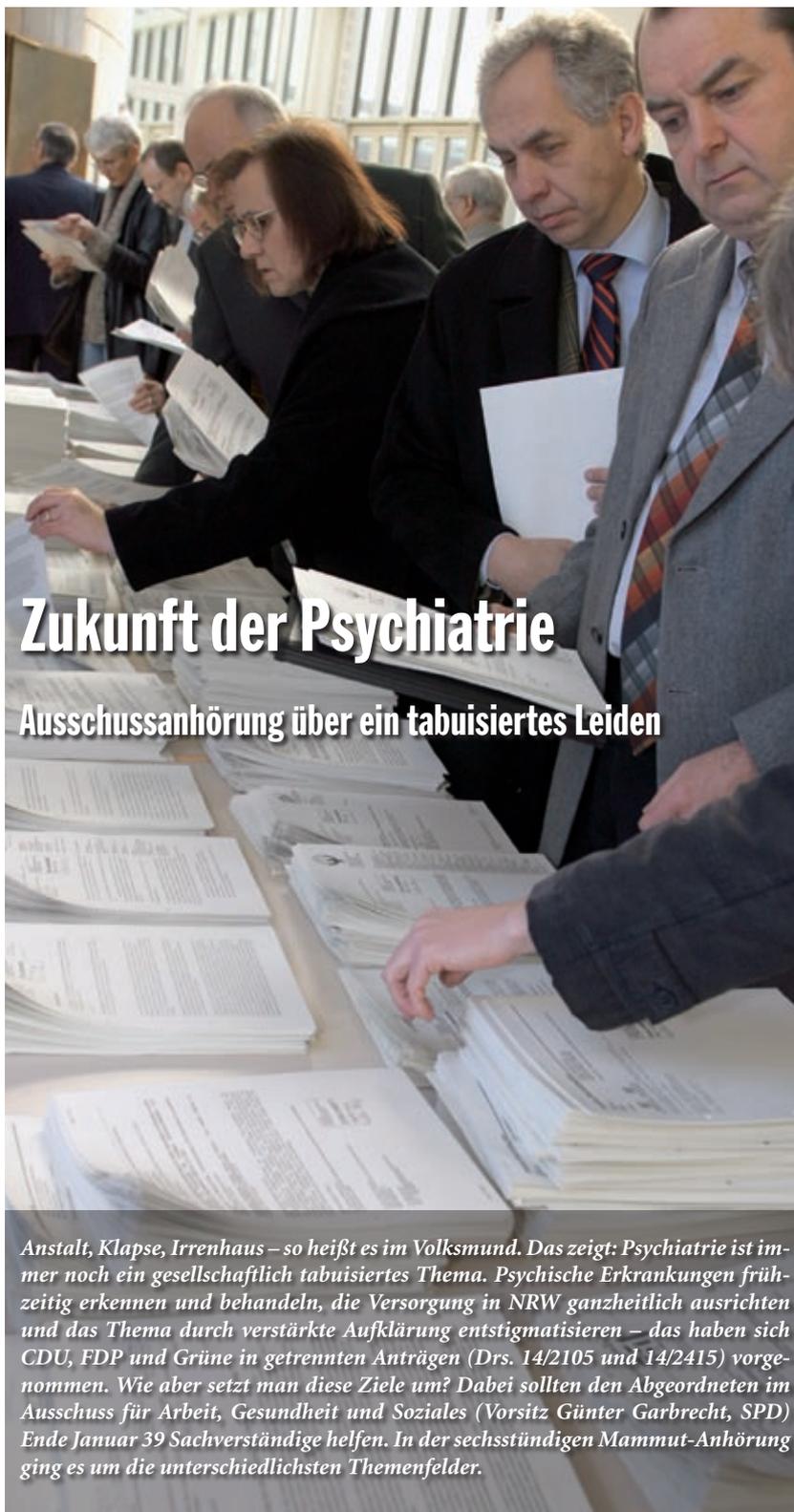
Ebenfalls im Landtag auf dem Prüfstand: geschlossene Abteilungen. Müssen dort die Türen tatsächlich verschlossen sein? Ganz sicher nicht, meinten Professor Karl-Heinz Beine (Hamm) und Dr. Volker Knapczik (Bad Driburg) mit Blick auf die in ihren Häusern praktizierten Modelle. Möglich sei das allerdings nur mit einem erheblichen Personalaufwand. So stellt man einem gefährdeten Patienten im Zweifel rund um die Uhr eine Betreuung zur Seite. Allerdings, so Klinikchef Professor Heinrich Kunze (Merxhausen), könne es Situationen geben, in denen die abgeschlossene Tür „in Verantwortung für Patient und Umwelt“ zeitweise Sinn mache.

Ein sinnvolles Modell im Vorfeld stationärer Behandlung, so der Tenor, seien die so genannten Krisendienste – eine Art psychiatrischer ärztlicher Notdienst. Hier habe man in verschiedenen Kommunen gute Erfahrungen ge-

macht. Allerdings zumeist auf Kosten der Ärzte, die die Bereitschaft in der Regel von den Krankenkassen nicht bezahlt bekämen. Hier stünden die zur Wirtschaftlichkeit verpflichtenden Statuten im Wege, machte Dr. Ulrich Thamer für die Kassenärztliche Vereinigung deutlich: Es müsse „einfach mehr Geld ins System“. Oder zumindest neue Finanzierungsmodelle, um die unterschiedlichen psychotherapeutischen und

Tageskliniken dankbar wäre.

Zu entspannen scheint sich die Lage auch künftig nicht: So zeigten die Fachleute erhebliche Defizite in der psychiatrischen Behandlung von Migranten und immenses Wachstumspotenzial bei den Demenzerkrankungen auf. Probleme, die sich künftig wohl nur lösen lassen, wenn Betroffene, Ärzte und Kassen auf Augenhöhe zusammenarbeiten. vok



Zukunft der Psychiatrie

Ausschussanhörung über ein tabuisiertes Leiden

Anstalt, Klappe, Irrenhaus – so heißt es im Volksmund. Das zeigt: Psychiatrie ist immer noch ein gesellschaftlich tabuisiertes Thema. Psychische Erkrankungen frühzeitig erkennen und behandeln, die Versorgung in NRW ganzheitlich ausrichten und das Thema durch verstärkte Aufklärung entstigmatisieren – das haben sich CDU, FDP und Grüne in getrennten Anträgen (Drs. 14/2105 und 14/2415) vorgenommen. Wie aber setzt man diese Ziele um? Dabei sollten den Abgeordneten im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) Ende Januar 39 Sachverständige helfen. In der sechsstündigen Mammut-Anhörung ging es um die unterschiedlichsten Themenfelder.

Der Weg zu neuen Erkenntnissen ist manchmal mit Papier gepflastert – hier die lange Reihe der schriftlichen Stellungnahmen und der Interessenten in der Psychiatrieanhörung des Landtags. Foto: Schälte

psychiatrischen Beteiligten zu vernetzen. Hier regten die Fachleute Regional- und Gesamtbudgets an: „Machen sie ein, zwei, drei oder vier Modellversuche“, so die Handlungsaufforderung an die Politik.

Handlungsbedarf scheint es auch bei der kommunalen Koordination zu geben. Sie ist zwar seit Jahren politisch gewünscht, bisher aber in das Belieben der Städte und Gemeinden gestellt – und damit nur sporadisch vorhanden. Ein Problem auch im Kontext der Versorgungssicherheit: „Es gibt Tage, da haben wir bis Mittag mehr Neuanmeldungen, als wir insgesamt Betten haben“, verdeutlichte Dr. Martin Gunga von der Westfälischen Klinik Lippstadt den erheblichen Druck. Im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie sei jedes vierte Kind verhaltensauffällig, jedes zehnte behandlungsbedürftig. „Und die Kapazitäten reichen nur für zehn Prozent der Bedürftigen“, ergänzte Dr. Khalid Murafi (Hamm). Nicht nur er koppelte deshalb sein bedingungsloses Ja zu verstärkter Aufklärungsarbeit an die dringende Bitte nach mehr Kapazitäten. Wobei man hier auch schon für kurzfristige Lösungen wie Institutsambulanzen an

Zu fit für den Ruhestand

„Mehrgenerationenkonzepte“ wollen die Welten von Jung und Alt vernetzen

Immer mehr ältere Menschen und immer mehr Menschen, die weit entfernt von Kindern und Enkelkindern leben – wenn sie denn überhaupt welche haben. Das stellt die Politik vor neue Herausforderungen: Welche Weichenstellungen muss sie leisten, um die Möglichkeiten eines besseren Miteinanders der Generationen zu schaffen? Welche Konzepte für generationsübergreifende Angebote und Nachbarschaftszentren gibt es bereits, welche werden gebraucht und sind die von der Bundesregierung geförderten „Mehrgenerationenhäuser“ ein sinnvoller Ansatz? Wie kann ein Auseinanderdriften der einzelnen Generationen verhindert werden? Diese Fragen stellte der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU) Experten in einer öffentlichen Anhörung. Die Politiker bekamen viele Anregungen, aber auch konkrete Ratschläge.

Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg, definierte den Begriff Familie neu: „Familie ist dort, wo ältere Menschen unterstützt werden.“ Bürgerschaftliches Engagement müsse verstärkt werden: „Ältere sollen sich ehrenamtlich engagieren, aber dafür qualifiziert werden. Wir müssen beispielsweise die Online-Kompetenz stärken, sonst entfernen sich die Welten von Jung und Alt noch mehr“, empfahl er. Ein Drittel der Menschen über 60 engagiere sich bereits und ein weiteres Drittel sei bereit, sich zu engagieren. Irreführende Altersbilder vom „verdienten Ruhestand“, festgelegte Altersgrenzen und Frühverrentungsprogramme verschwendeten ein enormes Potenzial. „Unsere Ressourcen sind drei Gruppen, die in den letzten Jahren eher ausgegrenzt wurden: Jugendliche, Ältere und Migranten. Ermöglichen Sie doch der Lehrerin, die nach der Pensionierung ehrenamtlich den Geschichts-Leistungskurs weiter unterrichten möchte, dies zu tun – statt es ihr zu verbieten“, forderte Vogel.

„DIE BEREITSCHAFT IST DA!“

Andreas Esche von der Bertelsmann-Stiftung aus Gütersloh bestätigte: „Die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement ist da.“ Allerdings fehlten die Strukturen, um das vernünftig aufzunehmen. Wie sein Vorredner betonte auch er, es sei notwendig, Haupt- und Ehrenamt und die Generationen zu vernetzen und Bildung zu fördern. „Gerade die, die keine Zeit haben und beruflich erfolgreich sind, engagieren sich am meisten. Das hat mit Bildung zu tun, Bildung ist entscheidend. Sorge kann einem machen, wenn man sieht, wie die Gesellschaft umgeht mit der Generation 90 – das sind die Kinder der Babyboomer. Diese Generation ist das letzte Ass unserer Gesellschaft und wird nicht gefördert.“

Thomas Möller von der Baugenossenschaft „Freie Scholle“ (Bielefeld) kam auf das Konzept „Mehrgenerationenhäuser“ zu sprechen. „Wir sind ein Wohnungsunternehmen, das regelmäßig Befragungen machen lässt“, sagte Möller, „die Menschen wollen solange wie

möglich selbstbestimmt leben, aber 80 Prozent in gemischten Strukturen, also nicht nur unter Älteren. 84 Prozent haben gleichzeitig den Wunsch nach einer barrierefreien Wohnung.“ Die Wohngebiete der 50er und 60er Jahre lägen meist in intakter Infrastruktur, müssten aber barrierefrei umgebaut werden und es sollten Gemeinschaftseinrichtungen geschaffen werden. Die so erhöhte Wohnsicherheit vermeide Heimeinweisungen und spare dem Gemeinwesen Kosten. „Wir brauchen keine Förderung: Wir setzen darauf, dass nur das nachhaltig angeboten werden kann, was wir selbst finanzieren können. Wir brauchen dafür aber Wohnungsunternehmen, die langfristig und nicht börsenorientiert sind“, so Möller, „bitte achten Sie beim Verkauf der LEG darauf.“

Klaus Bremen vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband mahnte: „Offene Altenarbeit ist ein Bereich, für den die Kommunen zuständig sind. Wir sehen die Rolle des Landes darin, erfolgreiche Modelle von Kommunen zu propagieren und zu kommunizieren.“ Es gebe

sehr unterschiedliche Gemeinden und Städte – von Bielefeld, wo es eine Demographie-Beauftragte im Amt sei, bis zu Kommunen, die bisher nichts unternommen haben. „Wir müssen aber alle mobilisieren. Das Land hat hier eine Leuchtturmfunktion“, betonte der Sprecher.

Annemarie Gerzer-Sass (Servicestelle Mehrgenerationenhäuser des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) knüpfte an das Thema ehrenamtliches Engagement an: „Wenn Lehrer in den Schulen die Jugendlichen angeregt haben, sich auch mit Älteren zu beschäftigen, haben diese das gerne aufgegriffen. Die Jugendlichen und auch die über 60-Jährigen wollen sich engagieren.“ Dieser Schatzes müsse gehoben werden. „Wir müssen die Zusammenarbeit mit den Tauschbörsen und Freiwilligenagenturen intensivieren.“

Ein flammendes Schlussplädoyer für einen „Generationenvertrag des Lernens“ hielt Hans-Josef Vogel: „Die Leute wollen mitmachen. Vom Land brauchen wir Innovationsförderung und Unterstützung beim Best-Practice-Transfer.“ DD



Mit einem ernsten Thema („Mehrgenerationenkonzepte“) muss man nicht unbedingt auch bierernst umgehen (v.r.): Ausschussvorsitzende Andrea Milz, Arnsbergs Bürgermeister Hans-Josef Vogel, Thomas Möller von der Bielefelder Baugenossenschaft „Freie Scholle“ und Dr. Johannes Meier von der Bertelsmann-Stiftung.

Foto: Schälte

Qualität als Förderkriterium

Neuer Präsident der Kunststiftung berichtet im Ausschuss

Seit sie 1990 ihre Arbeit aufnahm, hat die Kunststiftung NRW 4.500 Projekte aus den Bereichen Bildende Kunst, Tanz, Musik, Theater und Literatur mit 130 Millionen Euro gefördert. Im Kulturausschuss (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) erinnerte Dr. Fritz Schaumann an den Vater der Stiftung, Johannes Rau. Der habe bei der Gründung gesagt: „Die Stiftung soll nicht der Nothelfer, sondern ein produktiver Begleiter für die Kunstschaffenden sein.“ Der neue Präsident der Stiftung – seit 2006 im Amt – berichtete im Ausschuss zusammen mit Generalsekretärin Regina Wyrwoll über den Stand der Dinge.

Das Stiftungskapital beträgt 5,3 Millionen Euro. Das sei nicht besonders viel, erklärte Schaumann, denn ausgegeben werden könnten immer nur die Zinserträge. „Deswegen ist der Ausbau unserer Kapitalbasis eines unserer größten Anliegen.“ Weitere Mittel kämen aus den Erlösen von Glücksspielen wie Spiel 77, Oddset und der Rubbelloslotterie. Bei diesem Thema übte der Präsident Kritik in Richtung Politik: Seit kurzem erhalte die Stiftung dieses Geld nicht mehr auf direktem Weg. Es gehe erst durch den Landeshaushalt, um von dort aus weitergegeben zu werden: „Diese Veränderung bedauern wir sehr.“

„SPENDEN-SCOUT“

Die Stiftung brauche eine Art Spenden-Scout, der sich aktiv darum bemühe, potenzielle Geldgeber zu werben, schlug Walter Kern (CDU) vor. „Das ist bei uns traditionell die Aufgabe des Vorstands, also von Frau Wyrwoll und mir“, entgegnete Schaumann. Verantwortung für die Kunstförderung habe außerdem das Kuratorium. Diesem Gremium sitzt der Ministerpräsident vor; durch die Mitarbeit der kulturpolitischen Sprecher aller vier Landtagsfraktionen sei auch das Parlament eingebunden. „Außerdem arbeiten im Kuratorium auch unabhängige Sachverständige mit.“

Besondere Bedeutung komme auch den Leitern der drei Bereiche Bildende Kunst, Musik, Theater und Tanz sowie Literatur zu. Letztere mache seit jeher den kleinsten Bereich aus. „Was tun Sie dafür, um der Literaturförderung auf die Sprünge zu helfen“, wollte Ingrid Hack (SPD) wissen. „Wir verhalten uns weitgehend reaktiv und das ist auch richtig so“, entgegnete Schaumann. „Das bedeutet, dass wir die Antragsfrequenz nicht bewusst stimulieren.“ Es habe sich gezeigt, dass die Literaturpro-

duktion hauptsächlich außerhalb von Nordrhein-Westfalen stattfinde, berichtete auch Wyrwoll. „Die Tätigkeit in diesem Bereich konzentriert sich hauptsächlich auf einige kleine Verlage, die wir mit am Leben erhalten.“ Gefördert würden außerdem Projekte wie das digitale Informationssystem Heinrich-Heine-Portal.

Besonders stolz waren sowohl Schaumann als auch Wyrwoll auf die Ausstellungen „Cannossa“ und „Zone Zero“, auf Konzerte wie das Internationale Beethovenfest in Bonn und die Unterstützung der Festivals RuhrTriennale und der Ruhrfestspiele.

„Wir treffen unsere Entscheidungen über die Förderung eines Projekts nach dem Kriterium der Qualität und nicht nach dem Merkmal Teilbereich.“ Im Fokus stehe die Spitzenkultur, also die „sehr qualifizierte künstlerische Pro-

duktion.“ Wer gefördert werden möchte, müsse aber nicht nur den Nachweis über das künstlerische Niveau erbringen, sondern auch einen Produktions- und Kostenplan vorlegen.

„Wir wollen außerdem in Zukunft mehr in unsere Öffentlichkeitsarbeit investieren“, erklärte Schaumann. Viele Kunstschaffenden wüssten zum Teil gar nicht, dass sie von der Kunststiftung gefördert würden: „Das darf nicht sein.“ Das war nicht das einzige Vorhaben für die Zukunft. „Ich möchte eine stärkere Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur erreichen“, kündigte er an. Dadurch würden alle Bereiche profitieren. „Ich wünsche mir die Weiterentwicklung der Stiftung zu einem Forum für die Kunst“, meinte er. „Das ist ein persönlicher Traum von mir.“

Für besondere Verdienste bei der Medienkunst wird der Nam June Paik Award vergeben. „Die Produktion nimmt in diesem Bereich zu“, wusste Oliver Keymis (GRÜNE). Leider sei die Medienkunst beim Landeshaushalts nicht mehr so im Fokus wie früher. „Der Nam June Paik Award ist einer der Arbeitsschwerpunkte des Vorstands“, sagte Schaumann. Bei der ebenso geförderten Videonale würden außerdem internationale „Highlights“ präsentiert. In diesem Jahr will sich die Stiftung ein Stück weiter entwickeln. Gemeinsam mit der Landesregierung soll ein Expertengremium berufen werden, das unter anderem zur internationalen Vernetzung beitragen soll.

YV

Kennen sich von früher, als der neue Präsident der Kunststiftung noch im Landtag war: Kulturausschussvorsitzender Dr. Fritz Behrens (SPD, l.) und Dr. Fritz Schaumann, FDP-Abgeordneter von 1985 bis 1988.

Foto: Schälte



Von Berg zu Tal

Studierendenzahl entwickelt sich/Investitionen erforderlich

250 Millionen Euro will NRW bis 2010 in die Hochschulen investieren. Das Land will damit die Hochschulen für die Anforderungen von Demographie und Arbeitsmarkt fit machen. Wie aber sehen zukunftsweisende Konzepte aus, was erwartet Universitäten und Fachhochschulen in den nächsten Jahren? Mit Blick auf mindesten bis 2012 steigende Studienanfängerzahlen und den doppelten Abiturjahrgang 2013 fordern die Grünen per Antrag eine Offensive für 30.000 zusätzliche Studienplätze (Drs. 14/2487). Ein Ansatz, den die Abgeordneten im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE) im Rahmen eines Expertengesprächs erörterten.

Foto: Schälte

Auf den demographischen Wandel mit all seinen Chancen sei das System Hochschule bislang kaum eingerichtet, schrieb denn auch Dr. Christian Berthold vom Gütersloher Centrum für Hochschulentwicklung den Zuhörern ins Stammbuch. Die

steigende Zahl der Studienanfänger führe nach seinen Berechnungen bis 2023 zu Kosten von bundesweit 7,2 Milliarden Euro. Dabei entfielen auf NRW 1,6 Milliarden. Wenn freie Kapazitäten im Osten genutzt würden, blieben 3,2 Milliarden, die zu finanzieren seien.

Nordrhein-Westfalen kann durchaus stolz sein auf seine Fachhochschulen“, erklärte Professor Joachim Metzner, Rektor der Fachhochschule (FH) Köln, „sieben der elf staatlichen Fachhochschulen in NRW sind deutschlandweit unter den besten 30 Prozent bei der Anwerbung von Drittmitteln je Professor.“

„Die Wissenschaft hat sich sehr weit entfernt von Wirtschaft und Bevölkerung“, beklagte Birgit Mager, Professorin für Service-Design und Leiterin des Kölner Zentrums für Forschungskommunikation. Seit zwei Jahren koordiniere das Zentrum die Bemühungen der FH für kundenorientierte Kommunikation und berate Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler.

Es werde immer wichtiger, das Profil zu schärfen, fuhr Metzner fort und regte deswegen an, die hohen Lehrverpflichtungen forschender Professoren durch den Einsatz wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Lehre zu reduzieren.

„Wie ist es denn bestellt um die Schnittstellen zwischen der Wissenschaft und den klei-

nen und mittelständischen Betrieben“, wollte Christian Lindner (FDP) von den Gästen wissen. Gerade diese Betriebe kooperierten mit den FH besonders gut, lautete Magers Antwort. Die Hemmschwelle sei geringer als gegenüber den Universitäten. „Die Mittelständler und die FH sprechen dieselbe Sprache und haben sich beide zum Pragmatismus verpflichtet.“

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) wünschte sich von der Landesregierung, dass die Forderungen aus der Praxis umgesetzt würden und außerdem der Bologna-Prozess vor den Fachhochschulen nicht halt machen dürfe.

Den Gipfel prognostizierte Dr. Christoph Heine von der Hochschulinformationssystem GmbH in Hannover auf 103.000 Studienanfänger in 2014. Derzeit sind es etwa 75.000. Langfristig gehe – mit allen Prognose-Unsicherheiten – die Zahl auf 65.000 zurück. „Wir müssen uns entscheiden, wie wir Bildung begreifen – orientiert am ökonomischen Bedarf oder als zentrale Aufgabe der Wissensgesellschaft“, lautete sein Fazit.

RAHMENBEDINGUNGEN

„Es kann nicht darum gehen, Studenten zu versorgen, damit sie irgendwie durchkommen“, bemerkte Dr. Christiane Gaethgens für die Hochschulrektorenkonferenz und forderte Investitionen in Qualität ein. Als Beispiel nannte sie ein Kapazitätsrecht, das eine bessere Betreuung ermöglicht, langfristige Finanzierung durch Fünfjahresverträge und gut dotierte vorzeitige Berufungen. Auch mit der Idee flexibler Lehrdeputate und der Einführung eines „Lector-Modells“ konnten sich die Experten anfreunden. „Und wenn Sie über Investitionen nachdenken, denken Sie die sozialen Rahmenbedingungen der Studierenden gleich mit“, regte Andrea Hoops vom Deutschen Studentenwerk an und verwies auf die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastrukturen, auf Investitionszuschüsse für studentischen Wohnraum oder Kindertagesstätten.

voK

Streben nach mehr Transparenz

Forschende Fachhochschulen haben kurzen Draht zur Praxis

„Forschung an den Fachhochschulen? Was genau das ist, weiß ich nicht.“ Diese weit verbreitete Unkenntnis war Anlass für den Innovationsausschuss (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE), sich dieses Themas anzunehmen.

„Wir fördern die FH durch einen Pakt für angewandte Forschung und wollen sobald als möglich ein neues Förderprogramm im Exzellenzbereich ins Leben rufen“, berichtete der Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP). „Das ist aber sehr wenig, Herr Minister“, kritisierte Karl Schultheis (SPD). Ab 2007 fielen einige Förderlinien des Bundes weg, und was das Land vorhabe, bleibe nebulös. Optimistischer war da Manfred Kuhmichel (CDU), der die Weiterentwicklung der FH auf einem guten Weg sah.

YV

Vor Beginn des Expertengesprächs: Ausschussvorsitzender Wolfgang Große Brömer (SPD, M.), CDU-Sprecher Klaus Kaiser (L.) und Ausschussassistent Harald Holler (r.).

Kopfnoten bereiten Kopfzerbrechen

Schulausschuss berät mit Sachverständigen Verordnung

Zu Beginn des Monats Februar ist das neue Schulgesetz ein Stück weiter im Unterricht umgesetzt worden. Einen Tag zuvor hat der Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) mit der Mehrheit der Koalition seine Zustimmung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und die Abschlussprüfungen in der Sekundarstufe I (APO-S I) und der Verordnung über die sonderpädagogische Förderung, den Hausunterricht und die Schule für Kranke (AO-SF, Vorlage 14/830) gegeben.

Foto: Schälte

Norbert Becker von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kritisierte „zu viele Detailvorschriften“. Becker: „Nehmen Sie es ernster als bisher, dass die Schulen eigenverantwortlich sein sollen.“ Er schlug vor, im Jahr 2010 zu prüfen, welche Ziele erreicht wurden. Mehr Freiräume für die einzelne Schule forderte auch Peter Blomert, Leiter einer Gesamtschule in Mönchengladbach. Die Kürzung der Leitungszeiten um 30 Prozent „in einer Nacht- und Nebelaktion“ sei kontraproduktiv. Durchaus die eine oder andere Detailregelung mehr hätte sich der Bielefelder Pädagogikprofessor Klaus-Jürgen Tillmann gewünscht, insbesondere die Konkretisierung pädagogischer Maßnahmen. Ob man Kopfnoten einführen soll? Das wollte er letztendlich nicht entscheiden. Von sechs unterschiedlichen Kopfnoten hält der Wissenschaftler aber allein

aus praktischen Überlegungen wenig: „Bei einer Klasse mit 30 Schülern würde das bedeuten, dass der Klassenlehrer pro Jahr 360 Kopfnoten geben müsste.“

Die Lernstandserhebungen beschäftigten Dr. Siegfried Uhl vom Wiesbadener Institut für Qualitätsentwicklung: Sollen sie benotet und damit auch in das Zeugnis eingerechnet werden? Dagegen spreche, dass sie nicht als Mittel der Bewertung der individuellen Leistung gedacht sind. Und damit auch nicht wie jede gewöhnliche Klassenarbeit aufgebaut. Allerdings, so seine These, neigten Lehrer dazu, das Instrument nur dann ernst zu nehmen, wenn es benotet wird. Ein weiteres Argument für eine Benotung sei die Effizienz. Lernstandserhebungen bedeuteten für Pädagogen eine Menge Arbeit. Da liege es nahe, ihnen durch die Benotung eine Klassenarbeit zu ersparen.

Der Münsteraner Erziehungswissenschaftler Dr. Christian Fischer lobte die Konkretisierung des Anspruchs auf individuelle Förderung. Allerdings bedürfe es „der entsprechenden Zahl von Lehrkräften, aber auch der angemessenen Qualifizierung“. Dabei gehe es sowohl um die didaktischen als auch die diagnostischen Kompetenzen – insbesondere um Beobachtungskompetenz und spezielle fachdidaktische Kompetenzen zu Lese-Rechtschreib-Schwächen und Rechenschwierigkeiten. Erfolgreiche Förderkonzepte seien am Landeskompetenzzentrum der Universität Münster dokumentiert. Zusätzliche Ressourcen für Ergänzungsstunden will Fischer durch eine „stärkere Verknüpfung der Förderung mit Praxisphasen in der Lehrerbildung“ schaffen.

MEINUNGSUNTERSCHIEDE

Mit dem Abitur nach zwölf Jahren beschäftigte sich Professor Rainer H. Lehmann von der Humboldt-Universität: Eine sinnvolle Idee, jedoch gehöre die Prüfung zum Erwerb des mittleren Schulabschlusses an das Ende der Klasse neun. So könne man Doppelprüfungen für Jugendliche, die aufs Gymnasium wechseln, vermeiden. Dass der Weg zum Abitur für manche Schüler 13 Jahre dauert, fand Lehmann „zumutbar“, regte aber Ausnahmeregelungen für Begabte an. Der Dortmunder Professor Dr. Günter Nold ergänzte, bilingualer Unterricht schaffe eine größere Aufnahmebereitschaft für fachliche Inhalte. „Der bilinguale Sachfachunterricht steht und fällt mit der Beibehaltung des Zweifach-Studiums“, so Professor Dr. Karl-Richard Bausch von der Ruhr-Universität Bochum.

Kritik am Entwurf gab es seitens der Elternvertreter: Anette Plümpe vom Landeselternrat der Gesamtschulen verwies auf eine Benachteiligung ihrer Schulform, der die zur Förderung notwendigen Ressourcen „ersatzlos gestrichen werden“. Eberhard Kwiatkowski diagnostizierte für die Landeselternkonferenz eine Verstärkung der Barrieren zwischen den Schulformen. „Der Unterricht wird schlechter werden“, summierte Robert von der Ahe von der Landesschülervertretung.

Kritisch zur „Versetzung um jeden Preis“ und einer Tendenz zu weniger Klassenarbeiten äußerten sich die Gymnasialschulleiter Dr. Hans Dierkes und Dr. Willi Nikolay. Ihr gemeinsamer Wunsch: Ja zur Neustrukturierung von Politik, Geschichte, Wirtschaft, Religion und Philosophie – allerdings mit genauem Blick auf die fachlichen Notwendigkeiten. vok

„Ewigkeitskosten“ höher als erwartet

Wirtschaftsausschuss diskutiert Ergebnisse des KPMG-Gutachtens

Mehr als 13 Milliarden Euro – so viel sollen die Altlasten des heimischen Steinkohlenbergbaus verschlingen. Das zumindest sagt ein im Auftrag des Bundes erstelltes Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG. Anlass für das Gutachten sind die Börsenpläne der Essener RAG AG: Konzern-Chef Dr. Werner Müller möchte noch in diesem Jahr die Firmensparten Chemie, Energie und Immobilien (so genannter „weißer Bereich“) an die Börse bringen. Der Kohlebereich samt Altlasten („schwarzer Bereich“) soll hingegen in eine Stiftung eingebracht werden, wodurch die RAG aus der Haftung für Bergbauschäden entlassen würde. Im Wirtschaftsausschuss des Landtags (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) wurde das Gutachten jetzt diskutiert.

Reiner Priggen (GRÜNE) appellierte an Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU), die RAG nicht eher aus der Haftung zu entlassen, bevor die Folgekosten des Bergbaus im Detail feststehen. „Das, was jetzt nicht als Altlast markiert wird, muss im Nachhinein von Dritten privat bezahlt werden“, betonte Priggen. Er vermisse Hinweise zu den Kosten des Ausbaus und der Instandhaltung von Deichanlagen an Rhein, Ruhr, Emscher und Lippe. Dabei gehe es um „Zig-millions“ Euro. „Warum werden diese im Gutachten nicht bei den Ewigkeitskosten mit eingerechnet“, wollte Priggen wissen. Darüber hinaus habe er mit Erschrecken gelesen, dass die RAG bei rund 2.200 stillgelegten Kohleschächten weder Angaben zur Lage noch zum Zustand machen könne. Er regte an, diese Mammutaufgabe nicht in die Zukunft zu schieben, sondern jetzt bereits einen Teil der Kohlebelegschaft mit der Sicherung und Sanierung der Anlagen zu beauftragen.

AUSSTIEGSSZENARIOEN

Klärungsbedarf mahnte auch Dietmar Brockes (FDP) an. Zwar sei er froh über den Versuch, die Alt- und Ewigkeitslasten endlich einmal konkret zu benennen und anhand unterschiedlicher Ausstiegsszenarien durchzurechnen. Allerdings sei das Gutachten nur „begrenzt aussagekräftig“, da die KPMG auf die Informationsbereitschaft der RAG angewiesen war. Und diese – das wisse man im Parlament nur zu gut – lasse häufig zu wünschen übrig. Er sprach sich für einen möglichst frühzeitigen

Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau aus, um die Ewigkeitskosten zu minimieren.

Um das Land vor zusätzlichen finanziellen Belastungen zu bewahren, forderte Lutz Lienenkämper (CDU) eine „genaue rechtliche Klärung“, welche der im Gutachten erwähnten 2.200 Schächte in den Zuständigkeitsbereich der RAG fallen. Dies sei insbesondere im Hinblick auf mögliche Bergschäden und den sich daraus ergebenden Haftungsfragen wichtig.

Um eine grundsätzliche Bewertung des Gutachtens bat Norbert Römer (SPD) die Wirtschaftsministerin. Diese habe zuvor gegenüber dem Bundeswirtschaftsminister Zweifel hinsichtlich des Gutachtens geäußert und Änderungen eingefordert. Zudem habe die Ministerin dem von der SPD geforderten Sockelbergbau europarechtliche Bedenken entgegengehalten. Dabei werde in einer EU-Verordnung eine Mindestproduktion an Steinkohle als wichtige Komponente zur Stärkung der Energiesicherheit betont, so Römer.

Ministerin Thoben sagte, dass sie sich im Interesse des Landes noch weitere Berechnungen zu Detailfragen gewünscht hätte. Der Bundeswirtschaftsminister als Auftraggeber habe dies jedoch nicht für notwendig erachtet und das Gutachten in der vorliegenden Form abgenommen. Nichtsdestotrotz stelle es „eine realistische, plausible Beurteilung der Stillsetzungskosten sowie der Alt- und Ewigkeitslasten des Steinkohlenbergbaus dar“, sagte Thoben.

KPMG hatte das Gutachten im November vergangenen Jahres vorgelegt und darin die Langzeitfolgen – also die Kosten für Stilllegung und Sicherung von Schächten, Bergschä-

den, Grubenwasserhaltung, Grundwasserreinigung sowie Pensionsverpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und Bergleuten – nach einem Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau berechnet.

Die Gutachter kamen zu dem Ergebnis, dass die Ewigkeitskosten zum Teil erheblich höher ausfallen als bislang erwartet: Allein für das Abpumpen von Grubenwasser müssen jährlich mehr als 100 Millionen Euro bereitgestellt werden. Auf Dauer werden rund 370 Mitarbeiter für die permanente Instandhaltung alter Schachtanlagen erforderlich sein. Geschätzte Kosten: 30 Millionen pro Jahr. Die Kosten für Suche und Sanierung der 2.200 Schächte beziffert KPMG auf 440 Millionen Euro. Weitere 300 Millionen müssten verteilt auf 20 Jahre für die Regulierung von Bergschäden eingerechnet werden. Insgesamt hat KPMG nach Gegenüberstellung von Ewigkeitskosten und Rückstellungen des RAG-Konzerns je nach Ausstiegsjahr zwischen 2012 und 2018 eine Deckungslücke von 7,9 bis zu 8,5 Milliarden Euro errechnet. *ax*

Deutsche Steinkohle

Momentan gibt es noch acht Steinkohlenbergwerke in Deutschland, davon sieben in NRW und eins im Saarland. Die Förderung deutscher Steinkohle wird derzeit mit jährlich rund 2,5 Milliarden Euro subventioniert. Davon zahlen zwei Milliarden der Bund und 500 Millionen das Land NRW. Durch die schwierigen Förderbedingungen hierzulande – die Steinkohle wird in bis zu 1.500 Metern Tiefe abgebaut – betragen die durchschnittlichen Förderkosten pro Tonne Steinkohle 191 Euro. Auf dem Weltmarkt kostet die Tonne Steinkohle derzeit rund 60 Euro.

Foto: Schälte

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 26. Februar 2007 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Mehr Polizeibeamte dem operativen Dienst zur Verfügung stellen und die Organisationsstrukturen straffen, das sind die zentralen Ziele der von der Landesregierung geplanten Polizeireform. Der dazu vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei (Drs. 14/3018) wird am 28. Februar im **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) zum Gegenstand einer öffentlichen Anhörung werden. Sitzungsbeginn ist um 10 Uhr im Plenarsaal.

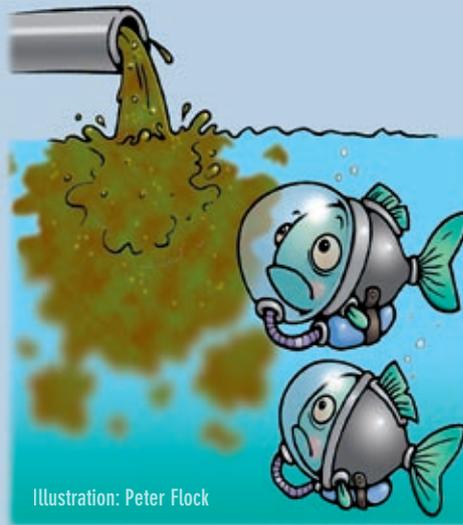
+++

Gewalt unter Gefangenen im NRW-Strafvollzug“ ist der Titel einer Studie, die im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) vorgestellt wurde. Demnach ist Gewalt unter Strafgefangenen ein alltägliches Problem. In 80 Prozent der Fälle handelt es sich um Körperverletzungen. Mehr als die Hälfte der Täter ist jünger als 25 Jahre. Für die Studie waren die Justizvollzugsanstalten gebeten worden, sämtliche Gefangene zu benennen, die seit 2003 ein Gewaltdelikt gegen andere Gefangene in NRW begangenen hatten. Das Ergebnis: Mehr als 2.430 Fälle wurden gemeldet. Vom kriminologischen Dienst genauer untersucht wurden zudem über 600 Gefangenenakten aus dem Jahre 2005. Sie zeigen nicht nur, dass der Jugendvollzug besonders betroffen ist. Überrepräsentiert sind auch ausländische Gefangene und Zuwanderer. Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) sagte, es gebe keinen Königsweg gegen Gewalt in den Gefängnissen, da Gewaltbereitschaft in der Regel nicht erst im Vollzug entstehe.

+++

Gegen eine zusätzliche Einleitung von salzhaltigen Abwässern in Werra und Weser hat sich Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) im **Umweltausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) ausgesprochen. Hintergrund sind die Pläne eines Kasseler Salz- und Dünge-

mittelherstellers, 500.000 bis 700.000 Kubikmeter Salzlauge zusätzlich in die Werra (mündet in die Weser) einzuleiten. Die Chloridkonzentration am Weserabschnitt in NRW liege heute bereits zwischen 300 und 600 Milligramm pro Liter. Die Versalzung verursache tief greifende Veränderungen des Ökosystems mit negativen Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt sowie die Nutzungsansprüche des Menschen, so Uhlenberg. Ziel der NRW-Landesregierung sei es, zusammen mit allen betroffenen Bundesländern (Bremen, Hessen, Niedersachsen und Thüringen) nach Lösungen zu suchen, die den Interessen der Wirtschaft und



dem Umweltschutz gleichermaßen gerecht werden. Abgestimmte Ziele des Gewässerschutzes dürften nicht aufgegeben werden.

+++

Der NRW-Modellversuch mit so genannten „Gigalinern“ beschäftigte jetzt den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD). Minister Oliver Wittke (CDU) hatte dem Ausschuss mitgeteilt, dass für den Zeitraum Dezember 2006 bis Ende Januar 2007 Ausnahmegenehmigungen für etwa 20 Fahrzeugkombinationen versuchsweise erteilt wurden. Neben den genau definierten Anforderungen an Versuchsfahrzeuge und deren Fahrer stünden Fragen der Verkehrssicherheit auf der Agenda, die von den Technischen Prüfstellen des Landes in der Praxisphase begleitet werden. Der Minister ergänzend: „Der ‚Monster-Truck‘ mit 60 Tonnen wird auf unseren Autobahnen nicht zu sehen sein, da wir die Höchstgrenze auf 40 beziehungsweise 44 Tonnen angesetzt haben.“ Die Auswirkungen

derartiger schwerer Fahrzeuge auf die Straßeninfrastruktur werden derzeit von der Bundesanstalt für Straßenwesen untersucht. Wittke erhofft sich daraus neue Erkenntnisse für die verkehrspolitische Diskussion, wie in Zukunft der ständig wachsende Güterverkehr in NRW und in Deutschland bewältigt werden kann.

+++

Bei Berufen im Bereich Technik, Handwerk, Ingenieurs- und Naturwissenschaften sind Frauen und Mädchen immer noch unterrepräsentiert. Um ihnen die Scheu zu nehmen, gibt es einmal im Jahr den so genannten „Girl's Day“: Hier können Schülerinnen ab Klasse 5 die Arbeitswelt vor Ort und weibliche Vorbilder in Führungspositionen in Wirtschaft und Politik kennen lernen. Auch der Landtag beteiligt sich daran. Aus den positiven Erfahrungen der Vergangenheit wollen CDU und FDP Konsequenzen ziehen und regen in einem Antrag (Drs. 14/2497), mit dem sich der **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl, CDU) jetzt beschäftigt hat, weitergehende Maßnahmen an, die sich auf die naturkundlich-technische Früherziehung, Berufspraktika, Berufsberatung für Schülerinnen, die Idee des Mentorings sowie spezielle Angebote für Mädchen mit Migrationshintergrund beziehen. Die GRÜNE-Fraktion fand, der Antrag greife zu kurz, weil die Forderungen nicht in ein Gesamtkonzept eingebunden seien. Die SPD kritisierte, dass die Regionalstellen „Frau und Beruf“, die den Girl's Day in der Vergangenheit organisiert haben, nunmehr geschlossen würden. Lehrerinnen und Lehrern fehle es aber an Erfahrungen im praktischen Berufsleben.

+++

Der Duisburger Innenhafen hat momentan die besten Aussichten darauf, zur neuen Heimat des NRW-Landesarchivs zu werden. Der Vorteil des Umzugs sei, das momentan noch auf mehrere Standorte verteilte Angebot an einem Ort zu bündeln, erklärte Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Große-Brockhoff im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD). „In der Diskussion war auch Essen-Katernberg“, so Große-Brockhoff. Dies hätte allerdings insbesondere für die Mitarbeiter des in Brühl angesiedelten Personenstandsarchivs eine unzumutbar weite Anreise bedeutet. „Die Bedenken der Personalvertreter habe ich sehr ernst genommen.“ Endgültig entschieden sei aber noch nichts.

Als man noch nicht im Internet, sondern in mächtigen Karteikästen nachschlug – hier unter „E“ die gesetzlichen Daten zum Entnazifizierungsgesetz.

Foto: Schälte

Die Eingaben der Bürgerinnen und Bürger aus der unmittelbaren Nachkriegszeit veranschaulichen – wie könnte es anders sein – die dringendsten Probleme jener Jahre: Lebensmittelknappheit, Hunger und Wohnungsnot. Aber sie zeigen auch, wie damals die „Vergangenheitsbewältigung“ begann und wie man zur verordneten Entnazifizierung stand.

Im Unterschied zu heute, wo es ein eigenes Gremium, den Petitionsausschuss gibt, wurden damals die so genannten „Eingaben“ der Bürgerinnen und Bürger in den zuständigen Fachausschüssen beraten. Das hieß, die Abgeordneten im Ernährungs-, im Entnazifizierungsausschuss oder im Ausschuss für Wiederaufbau erhielten die Unterlagen und bekamen so einen realistischen Einblick in die Lebenssituation und in die Seelenlage der Menschen nach dem verlorenen Krieg.

Leider ist in vielen Fällen in den historischen Petitionsakten nicht vermerkt, zu welchen Ergebnissen die Behandlung der Eingaben geführt hat. Viele Vorgänge lassen sich daher nur rekonstruieren. Aber einzelne Schlagworte geben auch heute noch einen Eindruck von der Zeit, als das Bundesland Nordrhein-Westfalen gegründet wurde.

Zum Beispiel das Stichwort „Eierabgabe“. Mehrere Eingaben bezogen sich auf den Erlass, der die Eierablieferung in den Jahren 1948/49 regelte. Dagegen protestierten acht Kölner Bürger. Sie schrieben an den Ernährungsausschuss und verlangten mit Nachdruck die Änderung des Erlasses: Nichtwirtschaftliche Hühnerhalter sollten weniger als die festgesetzte Menge von 20 Eiern abliefern müssen. Begründung: „Die Hühner in der Stadt legen durch ihre ‚abfallreiche‘ Ernährung pro Jahr kaum mehr als 60 Eier.“ Da sei es „gelinde gesagt, rücksichtslos“, davon ein Drittel als Ablieferung zu verlangen.

Schützenhilfe gab es dabei vom Oberkreisdirektor des Landkreises Rees. Er wies darauf hin, dass die Ablieferungspflicht „eine große und in zahlreichen Fällen untragbare soziale Härte“ bedeute. Betroffen seien hauptsächlich die so genannten „kleinen Leute“, die „an und für sich schon sehr große Ernährungsschwierigkeiten haben und sich durch die

„Die Pflicht zu Eierabgabe ist rücksichtslos“

Neue Erkenntnisse zu Petitionen aus den Gründungsjahren

Im Lauf der 60 Jahre des Bestehens von Nordrhein-Westfalen haben sich Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern an den Landtag gewandt. Sie fühlten sich von den Behörden des Landes ungerecht behandelt und hofften auf Abhilfe. Diese Abhilfe leisten – oft erfolgreich – die Frauen und Männer des Petitionsausschusses, Landtagsabgeordnete, die sich schon seit Beginn des Landes um die Sorgen und Nöte der Menschen kümmern. Wie es angefangen hat – dazu der folgende Bericht.

Hühnerhaltung bisher mit ganz besonderem Fleiß eine kleine Erleichterung verschafften.“

Die Wucht solcher Argumente blieb auf den Ernährungsausschuss nicht ohne Wirkung. Er beriet und formulierte den Antrag, „die Eingabe aufgrund der inzwischen eingetretenen veränderten Verhältnisse für erledigt zu erklären“. Dieser Antrag wurde durch das Plenum im Dezember 1948 verabschiedet. Leider bleibt unklar, was konkret mit den „veränderten Verhältnissen“ gemeint war. Aus heutiger Sicht ist eine Reminiscenz am Rande von Interesse: Die Eingaben aus Köln wurden durch das Plenum „als ungeeignet zur Beratung im Landtag“ erklärt. Begründung: Zuständig sei der Hauptsitz des vereinigten Wirtschaftsgebiets der amerikanischen und britischen Militärregierungen (die sogenannte „Bi-Zone“). Der lag damals in Frankfurt.

Viele Eingaben jener Zeit erreichten den Landtag in Sachen Entnazifizierung. Im Zuge dieser Entnazifizierung wurden ab 1947 ehemalige Nationalsozialisten und Amtsträger in fünf Kategorien von „Hauptschuldige“ bis „Entlastete“ eingeteilt. Der Entnazifizierungsausschuss beriet in diesem Zusam-

menhang über viele Eingaben von Bürgern, die forderten, ihr Verfahren noch einmal aufzunehmen und die Kategorisierung zu ändern – natürlich zu verbessern.

In ihren Schreiben begründeten sie oft wortreich, warum sie in ihren Augen keine fanatischen NSDAP-Anhänger und aktive Nazis gewesen waren und darum mehr oder minder als entlastet zu gelten hätten. Herr F. zum Beispiel schrieb (und sprach damit wohl vielen Betroffenen aus dem Herzen): „Ich darf nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich als gläubiger Idealist auf den Nationalsozialismus, als ringsum alles versagte, meine Hoffnung gesetzt hatte (...) Mit dem Ausbreiten der Partei aber, ihren hemmungslosen Auswüchsen und dem immer deutlicher werdenden Unterschied zwischen Phrase und Tat erwachte und wuchs meine kritische Einstellung.“ F. reklamierte für sich das Recht auf politischen Irrtum, darum „dürfte für meine Person kaum mehr ein Anhaltspunkt zu finden sein, gegen mich auf Gruppe III (Minderbelastete) zu erkennen“. Die Akten geben nicht her, ob es Herrn F. aus Grevenbroich gelang, sich reinzuwaschen.

JL/MM

CDU

Pflege: Mehr Zeit für den Dienst am Menschen

Die Lebenserwartung der Menschen in unserem Land wird sich weiter erhöhen. Damit nimmt auch die Pflege- und Hilfsbedürftigkeit zu, vor allem in den letzten Lebensjahren. Wir müssen sicherstellen, dass wir auch in Zukunft den Ansprüchen der Bürger im Bereich Pflege- und Hilfsbedürftigkeit menschenwürdig gerecht werden“, erklärte der CDU-Landtagsabgeordnete Oskar Burkert (Bild). Er wies darauf hin, dass es neben vielen hervorragen-



den Einrichtungen leider noch immer erhebliche Mängel in der Betreuung, in der Zuwendung, in der menschlichen Behandlung und im Bereich der Gesundheits- und Körperpflege gibt. Burkert: „Viel zu häufig sitzen die alten Menschen in Pflegeheimen den ganzen Tag auf einem Holzstuhl, fixiert und auf eine nackte Tischplatte starrend. Sie werden durch Medikamente ruhiggestellt, damit sie nicht zur Belastung werden. Das darf es in unserem Land nicht geben.“

Der Beruf der Altenpflege sei von herausragender Bedeutung und könne nicht genug gewürdigt werden: „Unsere Aufgabe ist es, diesem Beruf mehr Anerkennung in der Bevölkerung zu verleihen und seine wichtige und herausgehobene Stellung in jeder Beziehung deutlich zu machen. Wir brauchen den Einsatz und das Engagement dieser Menschen. Dringend notwendig ist vor allem ein umfangreicher Bürokratieabbau. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen entlastet werden, damit sie mehr Zeit für den Dienst am Menschen haben.“ ■

SPD

SPD: Schwarz-gelbe Gemeindereform schadet den Kommunen

Nicht an einer einzigen Stelle verbessert die Gesetzesvorlage der schwarz-gelben Landesregierung zur Reform der Gemeindeordnung die Chancen und die Situation der Städte und Gemeinden. Es ist gewissen- und verantwortungslos, demokratische Elemente abzuschaffen, den Ausverkauf der Städte vorzubereiten und dabei die Bedenken der Kommunalpolitiker völlig zu ignorieren. Man kann nur hoffen, dass der Entwurf im Parlament keine Mehrheit haben wird. Die SPD jedenfalls wird

sich im Landtag und vor Ort weiter gegen die Reform stellen. Dabei steht die Abschaffung der Stichwahl der (Ober-)Bürgermeister und Landräte im Mittelpunkt. Die große Gefahr ist, dass gegebenenfalls nur wenige Wählerinnen und Wähler über das kommunale Spitzenamt entscheiden. Aber damit haben sie keine breite Mehrheit in der Bevölkerung und im Prinzip fehlt ihnen dann eine ausreichende Legitimation. Auch die Verlängerung der Amtszeit ist seriös durch nichts zu begründen. In unserer schnelllebigen Zeit werden

immer mehr Entscheidungen in kürzeren Abständen entschieden. Nur bei den Bürgermeistern soll das alles nicht zutreffen und sie sollen zu kleinen Sonnenkönigen gemacht werden. Kritisch sieht die SPD-Fraktion auch die geplanten Einschränkungen für die künftige wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in NRW. Der angebliche „Bestandsschutz“ wird das Aussterben auf Raten nicht verhindern. Der Privatisierungswahn von CDU und FDP wird zwangsläufig zu steigenden Kosten für Bürgerinnen und Bürger führen. ■

GRÜNE

Beendigung des Bergbaus 2018 – aber alle Fragen offen

Es ist wie immer bei der Steinkohle. Nichts ist konkret, keine Informationen über die Details der Verständigung liegen vor. Die üblichen Vernebelungsstrategien und die Entscheidungsträger in den Parlamenten, die die Hände heben sollen für Milliarden notwendiger Subventionen, kennen keine Details.

Wie hoch sind die anfallenden Kosten in den Jahren bis 2018? Wer trägt die Haftung und damit das Risiko für die Ewigkeitslasten des Bergbaus? Stiehlt sich der Bund aus der Verantwortung nachdem er jahrzehntelang 80

bis 90 Prozent der Subventionen getragen hat? Wie sieht eigentlich das Stiftungsmodell konkret aus? Ein Entscheidungsgremium von sieben Personen, davon drei Vertreter der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, das Saarland, der Bund und ein maximal zwei Beteiligte aus NRW entscheiden über die Stiftung? Besitzt die Stiftung eine Sperrminorität an dem neuen börsennotierten Unternehmen, mit allen unternehmerischen Risiken? Übernimmt NRW alleine das gesamte Haftungsrisiko für die Stiftung?

Es ist wie bei Tarifverhandlungen. Eigentlich haben sich die Tarifparteien nach zwei Monaten Blockade nur darauf verständigt, die Blockade, die die Sozialdemokraten Ende November errichtet haben, aufzugeben. Alle anderen Details, bei denen es um rund 35 Milliarden Euro geht, müssen noch geklärt werden.

Es wird sein wie immer bei der Kohle, das dicke Ende kommt noch, und es wird alles viel teurer werden als bisher angenommen. ■

FDP

Horst Engel mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet

Der Pulheimer FDP-Landtagsabgeordnete, Horst Engel, ist für sein Engagement für die Menschen in Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers überreichte dem 60-Jährigen Ende Januar das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Rüttgers würdigte den Ordenträger als „aufrechten Politiker“, dessen Standhaftigkeit ihm immer wieder Respekt verschafft habe. Die Auszeichnung im Namen des

Bundespräsidenten fand im Rahmen einer Feier im Düsseldorfer Landtag statt. Unter den Gästen waren Landtagspräsidentin Regina van Dinter, Innovationsminister Andreas Pinkwart, Innenminister Ingo Wolf sowie der Pulheimer Bürgermeister Karl August Morisse. Mit seinem vorbildlichen und schier unermü-



chen persönlichen Einsatz für die Menschen in seiner Heimatregion und in ganz Nordrhein-Westfalen habe sich Horst Engel diese hohe Auszeichnung wahrlich verdient, sagte Fraktionschef Papke. „Die FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen ist stolz darauf, einen solchen Kollegen in ihren Reihen zu haben.“ ■

Porträt der Woche: Hannelore Kraft (SPD)



Ihr Name drängt sich für Wortspiele geradezu auf. „Mit Kraft aus dem Tal der Tränen“, „Volle Kraft voraus zur Macht“, titelten die Regionalzeitungen am Tag nach der Wahl Hannelore Krafts, der 45-jährigen Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag, zur neuen Landesvorsitzenden der Sozialdemokraten und zur Spitzenkandidatin und Herausforderin von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) bei der Landtagswahl 2010.

Hinter den kraftvollen Überschriften steckt nicht nur die Lust am Wortspiel, dahinter steht auch ein Stück Respekt für die Art und Weise, wie die aus Mülheim stammende Bankkauffrau und Unternehmensberaterin auf dem Sonderparteitag in der traditionsreichen Bochumer Jahrhunderthalle auftrat. Wie sie ihren nach wie vor unter dem Machtverlust leidenden Genossen so etwas wie Hoffnung am Horizont aufzeigte und immerhin 95,6 Prozent der Delegierten davon überzeugen konnte, dass sie die Richtige ist, um in gut drei Jahren die NRW-SPD wieder dorthin zurück zu bringen, wo sie am 22. Mai 2005 nach 39 Jahren an der Regierung ihre Sachen packen musste: in die Chefetage der Staatskanzlei.

Die politische Senkrechtstarterin aus dem Ruhrgebiet ist die Einzige, der ein Erfolg dieses schier aussichtslosen Unterfangens zugetraut wird. Unkompliziert, offen und direkt, wie die Menschen aus der einstigen Kohle- und Stahlregion nun einmal sind, geht sie ihre neue Aufgabe an und es klingt glaubwürdig, wenn sie sagt, dass sie gerne zu den Leuten geht, ihnen zuhört und mit ihnen redet. Dass man ihr ihre Herkunft auch heute noch an der Sprache anhört, dürfte zumindest zwischen Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Dortmund kein Nachteil sein.

Die ersten anderthalb Jahre als Oppositionsführerin im Landtag waren keine einfache Zeit für Hannelore Kraft. Denn vor allem bei den einflussreichen Traditionsbataillonen der Ruhr-SPD war das Kind einer klassischen Arbeitnehmerfamilie – Vater Straßenbahner, Mutter Verkäuferin – eine unbekannte Größe und wurde mit Argwohn beobachtet. In die SPD war sie erst 1994 eingetreten, Unterbezirksvorstand, Landtagskandidatur und Berufung zur Ministerin, erst für Berlin und Brüssel, dann für Hochschule und Wissenschaft, folgten Schlag auf Schlag. Weil der Neuanfang der SPD nach der verheerenden Niederlage auch mit einem neuen Gesicht symbolisiert werden sollte, fiel die Wahl auf sie. Und als Jochen Dieckmann Ende des Jahres entnervt von anhaltendem Gemäkel an seiner Arbeit seinen Rückzug ankündigte, war es zwangsläufig, dass ihr angeboten wurde, zusätzlich zum Fraktionsvorsitz auch den Parteivorsitz und damit die Rolle der Herausforderin zu übernehmen.

SOZIALE GERECHTIGKEIT

„Wenn sozial gerecht links ist, dann bin ich links“, beschrieb sie in einem Interview ihren politischen Standort in der SPD. Soziale Gerechtigkeit, gleiche Chancen für alle und Hilfe für diejenigen, die es aus eigener Kraft in unserer modernen Leistungsgesellschaft nicht schaffen, das sind nicht nur die Gründe, warum sie in die Politik gewechselt ist, das sind auch die Ziele und Ideale, deren Verwirklichung sie durch Politik näher zu kommen hofft. Deshalb setzt sie sich vehement für eine neue Schulstruktur ein, in der Kinder länger gemeinsam lernen und die es zulässt, dass die Schüler auch nach der sechsten Klasse problemlos von einer Schulform zur anderen wechseln können. Deshalb hält sie die Einführung von Studiengebühren für einen der größten Fehler der neuen Landesregierung, denn sie selbst hätte nicht studieren können, wenn damals bereits den Studenten und deren Eltern zusätzliche Lasten auferlegt worden wären. Und wenn sie es aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit für geboten hält, dann legt sie sich auch mit Rüttgers rotem Vorgänger, dem jetzigen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück an, wenn der die Unternehmen für ihre Begriffe über Gebühr steuerlich entlasten will.

Die Blonde aus Mülheim hat sich in der Politik schon einiges zugetraut.

Bei den Landtagswahlen 2010 wird man sehen, was die Wähler in NRW ihr zutrauen.

Autor: Peter Jansen

Mieter besonders betroffen

Vielen Mieterinnen und Mietern flattert in diesen Tagen mit der Nebenkostenabrechnung eine böse Überraschung ins Haus. Stetig steigenden Öl-, Gas- und Stromkosten treffen Privathaushalte und Kommunen am härtesten – weit härter als Wirtschaft und Industrie, die steigende Energiekosten in der Regel auf die Endverbraucher umlegen. Zu diesem Ergebnis kommt ein von der Enquetekommission I des Düsseldorfer Landtags in Auftrag gegebenes Expertengutachten. Die Kommission, bestehend aus neun Abgeordneten aller Landtagsfraktionen und sechs Sachverständigen, beschäftigt sich mit den Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW.

Ein Jahr nach seiner Konstituierung hat das Gremium der Öffentlichkeit jetzt erste Zwischenergebnisse vorgestellt: Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe werde der Höhepunkt der Ölförderung in zwölf Jahren erreicht. Wegen der Verknappung des Angebots werde das Öl danach spürbar teurer. Daher müsse die Politik rechtzeitig Konzepte entwickeln, wie Öl und Gas zunächst sparsamer verwendet und schließlich ersetzt werden könne, so die Kommissionsmitglieder. Vor allen Dingen im Wohnungsmarkt machten alle Fraktionen Handlungsbedarf aus: Dort müsse künftig mehr Wert auf energiesparende Bauweisen gelegt werden. *ax*

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinterh, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Weitere Mitarbeiterin: Doro Dietsch
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 9. Februar bis 6. März 2007

9.2. Walter Kern (CDU)	53
10.2. Peter Biesenbach (CDU)	59
10.2. Norbert Killewald (SPD)	46
11.2. Manfred Luckey (CDU)	58
15.2. Holger Ellerbrock (FDP)	59
16.2. Uwe Leuchtenberg (SPD)	49
16.2. Eckhard Uhlenberg (CDU)	59
17.2. Werner Lohn (CDU)	49
18.2. Dr. Michael Brinkmeier (CDU)	39
18.2. Dr. Roberth Orth (FDP)	39
21.2. Gerda Kieninger (SPD)	56
22.2. Sigrid Beer (GRÜNE)	51
26.2. Marc Jan Eumann (SPD)	41
28.2. Rolf Seel (CDU)	54
29.2. Horst Westkämper (CDU)	71
1.3. Sylvia Löhrmann (GRÜNE)	50
3.3. Rainer Lux (CDU)	56
6.3. Klaus Kaiser (CDU)	50

Horst Engel (FDP), Landtagsabgeordneter aus Pulheim sowie innen- und kommunalpolitischer Sprecher seiner Fraktion, ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

Matthias Schreiber (43) ist zum neuen Kirchenreferenten in der Staatskanzlei berufen worden. Er soll für die Landesregierung die Beziehungen zu den Weltanschauungen und Religionsgemeinschaften einschließlich der jüdischen Gemeinden und der Muslime koordinieren. Schreiber war zuvor Öffentlichkeitsreferent der Evangelischen Kirche im Rheinland.

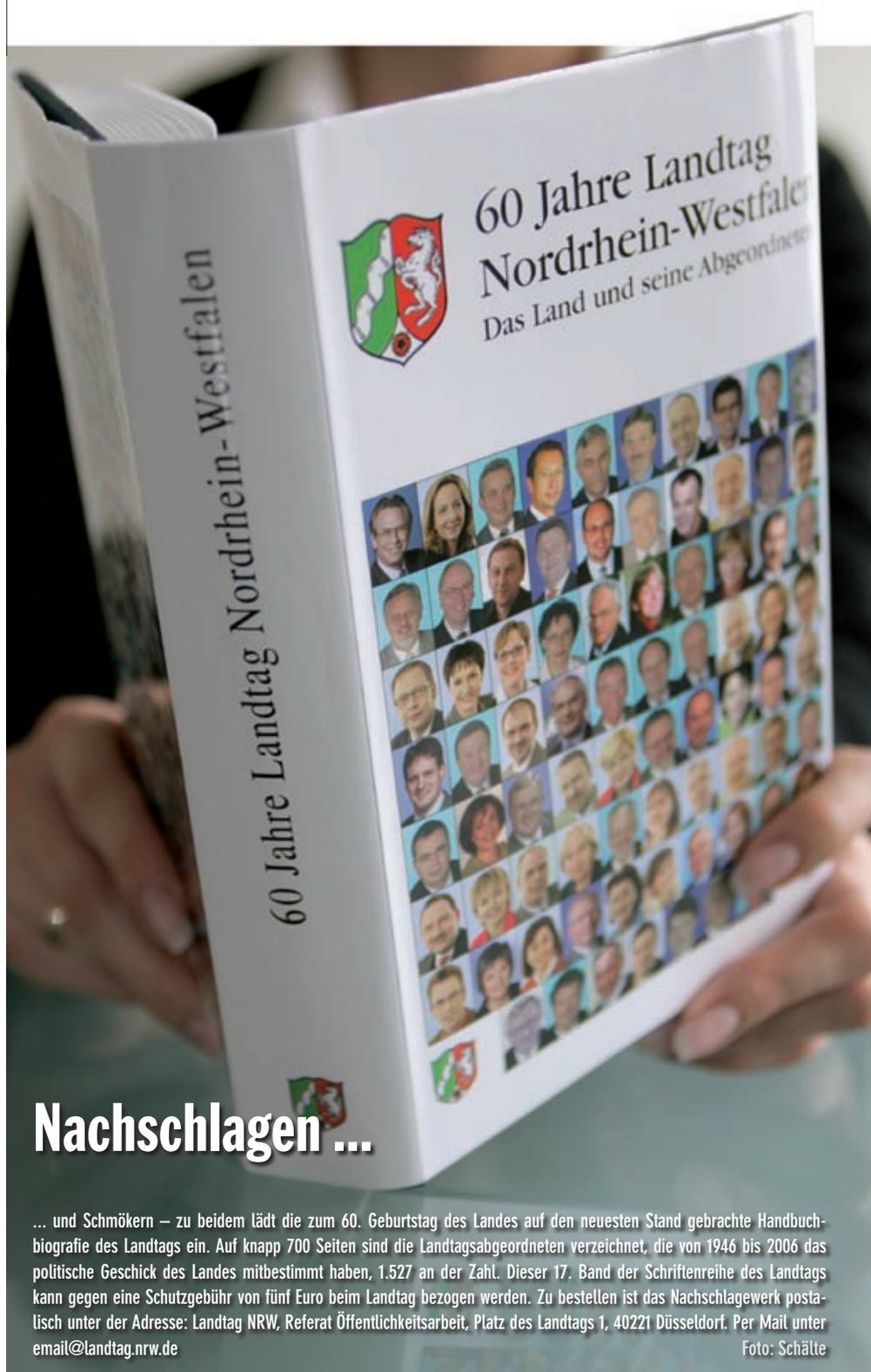
Thomas Vogt, Vizepräsident des Oberlandesgerichts (OLG) Hamm, ist von Landtagspräsidentin Regina van Dinther im Landtag auf sein Amt als Zweiter Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen vereidigt worden. Hier wirkt er als Vertreter des Präsidenten des OLG Hamm, Gero Debusmann.

Dr. Stefan Marx, Historiker, ist Autor der im Düsseldorfer Droste-Verlag erschienenen Biographie „Heinrich Köppler, Politik aus christlicher Verantwortung“. Marx, der mit einer Arbeit über Dr. Franz Meyers promoviert hat, stammt aus Waldbröl und hat Politikwissenschaft und Geschichte in Siegen studiert.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 7. März 2007 ein: Um 8.00 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Nachschlagen ...

... und Schmökern – zu beidem lädt die zum 60. Geburtstag des Landes auf den neuesten Stand gebrachte Handbuchbiografie des Landtags ein. Auf knapp 700 Seiten sind die Landtagsabgeordneten verzeichnet, die von 1946 bis 2006 das politische Geschick des Landes mitbestimmt haben, 1.527 an der Zahl. Dieser 17. Band der Schriftenreihe des Landtags kann gegen eine Schutzgebühr von fünf Euro beim Landtag bezogen werden. Zu bestellen ist das Nachschlagewerk postalisch unter der Adresse: Landtag NRW, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf. Per Mail unter email@landtag.nrw.de

Foto: Schälte